

Bezugspreis: Vierteljahr 4,75 Mk., monatlich 1,25 Mk. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Donnerstag, den 20. Februar 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Attentat auf Clemenceau.

Paris, 19. Februar (Reuters). Wie gemeldet wird, wurden heute morgen auf Clemenceau, als er in sein Auto stieg, fünf Schüsse abgegeben.

Paris, 19. Februar. Ein Funkpruch des Giffleurums teilt über das Attentat auf Clemenceau mit: Heute morgen gegen 9 Uhr wurde in dem Augenblick, als Clemenceau, der von seinem Hause kam, im Automobil die Ecke der Franklinstraße passierte, ein Attentat verübt.

Das Holländische News-Bureau meldet aus Paris: Clemenceau verließ heute morgen in frühesten Morgenstunden um 5 Uhr sein Haus. Als er in den Wagen steigen wollte, wurde er von hinten angeschossen und am Rücken verletzt.

Amsterd., 19. Februar. Nach einer Meldung aus Paris gab der Mann, der das Attentat auf Clemenceau verübte, auch auf Schußleute, die ihn festnahmen, zwei Schüsse ab, wobei er einen Schuhmann verwundete.

Paris, 19. Februar. (Havas.) Die ärztliche Untersuchung ergab, daß Clemenceau am rechten Schulterblatt getroffen worden ist. Innere Organe sind nicht verletzt worden.

Clemenceau ist ein Gegner des Sozialismus und ein ingrimiger Feind aller Deutschen. Die Politik, die er vertritt, ist die schlimmste Gefahr für die friedliche Zukunft Europas.

Rückkehr aus England...

Leid, Tod und Krankheit.

Wesel, 19. Februar. Zwei Transporte Zivilgefangener von rund 11 000 Personen trafen letzte Nacht hier ein.

Die Ortsgruppe Wesel für Kriegsgefangenenbeschäftigung richtete aus diesem Anlaß nachstehendes Telegramm an die Nationalversammlung in Weimar.

Aus dem bolschewistischen Rußland.

Im Januar 11 Erzbischöfe erschossen.

Amsterdam, 19. Februar. „Times“ meldet aus Helsingfors: Einem amtlichen bolschewistischen Bericht zufolge wurden im Monat Januar 11 Erzbischöfe der orthodoxen Kirche, darunter der Erzbischof Wladimir von Niemi, erschossen.

Zur Polenfrage.

Deputation der Schneidemühlener in Weimar.

Die außerordentlich ernste Lage im Repebezirk und die Befürchtung, daß die neuen Waffenstillstandsbedingungen von den Polen nicht eingehalten werden würden, veranlaßten die Stadt Schneidemühl, sich durch Entsendung einer Deputation nach Weimar an die Nationalversammlung um Hilfe zu wenden.

Durch Vermittlung der Abgeordneten der Provinz Posen wurde eine Zusammenkunft mit dem Kriegsminister Reinhardt und dem Minister Rode ermöglicht.

Noch immer Kämpfe im Osten.

Die Polen pressen auf die Demarkationslinie.

Berlin, 19. Februar. Neben der militärischen Lage im Osten wird gemeldet: Patrouillenvorstöße des Feindes über die Mittellinie wurden abgewiesen.

Die Streiklage im Ruhrgebiet.

Osten (Ruhr), 19. Februar. Die Streiklage hat sich heute wenig verändert. Die Zahl der Streikenden, welche gestern rund 50 000 betrug, stellt sich heute auf etwa 56 000.

Elberfeld, 19. Februar. Als ein Teil der von der Stadtverwaltung herbeigerufenen Regierungstruppen (150 Mann) um 1 1/2 Uhr nachts ausgeladen werden sollte, wurde er von den Spartakisten, die inzwischen das Eisenbahndirektionsgebäude besetzt hatten, mit Gewehrfeuer empfangen.

Die Deutschen in China.

Eine deutsche Protestnote an die Entente.

Die deutsche Regierung hat den Alliierten in Spa am 18. Februar eine Protestnote gegen die geplante Fortschaffung aller Deutschen aus China überreicht lassen.

Der Fall Liebknecht-Luxemburg.

Die Untersuchung noch nicht abgeschlossen.

Von juristischer Seite wird uns geschrieben:

Die Mitglieder des Vollzugsrats Wegmann und Rusch und das Mitglied des Zentralrats Strube haben vor der Öffentlichkeit in einer Denkschrift erklärt, daß sie es ablehnen, an der Untersuchung der Fälle Liebknecht und Luxemburg, bei der sie bisher mitgewirkt haben, weiter teilzunehmen.

Gegenüber den Vortwürfen, die sie der Reichsregierung machen, sei folgendes festgestellt:

1. Für alle strafbaren Handlungen sind gegen Militärpersonen die Militärgerichte zuständig. So lange die unabhängigen Führer Gause, Dittmann und Barth Regierungsmitglieder waren, haben sie nie daran gedacht, die Befehlsgewalt der Militärgerichte für Straftaten militärischen Charakters zu verlangen.

2. Ein Sozialdemokrat, der das Verlangen erhebt, daß eine Regierung dem Richter, der eine Untersuchung führt, Vorschriften darüber macht, wie er zu verfahren hat, hat Aussicht der Verlingung aller Reaktionen zu werden.

3. Die Reichsregierung hat sofort nach dem Tode Liebknechts und der Frau Luxemburg die Zulassung eines Mitgliedes des Vollzugsrats und des Zentralrats zu der Untersuchung der beiden Fälle angeregt und beim Militärgericht durchgesetzt.

4. Die Reichsregierung hat ferner erklärt, daß dem Führer der unabhängigen Sozialdemokraten, Gause, seit den ersten Untersuchungsbehandlungen im Falle Liebknecht, namentlich bei der Leichenöffnung, die Anwesenheit gestattet würde.

5. Die Reichsregierung hat ferner erklärt, daß dem Führer der unabhängigen Sozialdemokraten, Gause, seit den ersten Untersuchungsbehandlungen im Falle Liebknecht, namentlich bei der Leichenöffnung, die Anwesenheit gestattet würde.

Die Nationalversammlung.

Der Kriegsminister zum Fall Liebknecht-Luxemburg.

11. Sitzung. Mittwoch, den 10. Februar 1910, nachmittags 2 Uhr.
Am Regierungstisch: Erzberger, David, Dr. Sell, Bauer, Robert Schmidt, Heine u. a.
Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Lesung des Gesetzentwurfes wegen Abänderung der Verordnung über die Rückgabe der in Belgien und Frankreich weggenommenen Betriebs-einrichtungen vom 1. Februar 1910.

Reichsminister Erzberger:

Ich bitte, dem Entwurf zuzustimmen, da er eine Folge des letzten geschlossenen Waffenstillstandsabkommens ist. Bei dieser Gelegenheit komme ich auf die gestrige Rede des Interpellanten Vögler zurück. Am 16. Dezember 1910 ist mir von der Reichsregierung folgendes Schreiben mit dem Anheimgelassen der weiteren Veranlassung überreicht worden:

Berlin, den 18. Dezember 1910.

Dem Rat der Kollektbeauftragten beehre ich mich ergebenst mitzuteilen, daß nach der Ablehnung des Herrn Hugo Stinnes namentlich der von mir vorgelegten Direktor Vögler sich geweigert haben soll, an den Beratungen in Spaas teilzunehmen. Wie ich höre, ist auch der allein als Sachverständiger noch in Betracht kommende Direktor Leuschner der Guten Hoffnungsstätte zur Ablehnung entschlossen. Andere Personen, die nach ihren umfassenden Wirtschaftswissenschaften als Sachverständige besonders geeignet erscheinen, sind nicht vorhanden. (Hört! Hört!)

Weiter heißt es in dem Schreiben:

Ich beweise, ob der eben erwähnte Herr unter den augenblicklichen Verhältnissen zur Annahme bereit sein wird. Sollte dies nicht der Fall sein, so würde für die Waffenstillstandskommission ein Sachverständiger aus dem Bezirk Rheinland-Westfalen nicht zur Verfügung stehen.

Gezeichnet: Dr. August Müller,
Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts.

Daraufhin ist meinerseits am 18. Dezember ein Schreiben an das Reichswirtschaftsamts ergangen, in dem ich drei Herren (Dr. Hermann Köhling, Generaldirektor Müller von den Stummwerken und Generaldirektor Neuh) als Sachverständige vorschlug. Dabei ist noch besonders hervorzuheben, daß gegen diese drei Herren politische Bedenken nicht vorliegen. Durch die Verlesung dieser Schreiben ist der Beweis erbracht, daß die Industrie es abgelehnt hat, nach Ablehnung von Hugo Stinnes neue Sachverständige in die Waffenstillstandskommission zu entsenden, darunter Generaldirektor Vögler, Mitglied der Nationalversammlung. Mir ist dabei nur der kleine Gedächtnisfehler unterlaufen, daß ich gestern, da ich die Akten nicht hier hatte, von einem Telegramm sprach, während es sich tatsächlich um das amtliche Schreiben eines Ressortchefs handelt — das ist viel bedeutsamer. Durch dieses oftentümliche Material glaube ich den gestrigen Angriff so zurückgewiesen zu haben, daß ihm auch nicht die Spur einer Berechtigung bleibt. (Beifall bei der Mehrheit. — Anruhe rechts.)

Hierauf wird der Gesetzentwurf debattiert in allen drei Lesungen unbeschadet der Annahme.

Hierauf wird die allgemeine Aussprache fortgesetzt.

Präsident Behrens hat mit dem Bericht über den ersten Teil der Sitzung heute zu Ende zu führen.

Reichsarbeitsminister Bauer

spricht über die Grundzüge, nach denen die Vergütung der zur Behebung der Wohnungsnot angeforderten Mittel erfolgen soll. Die hohen Rohstoffpreise und Löhne machen die Durchführung zu einem völlig unrentablen Geschäft. Daher sind staatliche Zuschüsse notwendig. Sie sollen grundsätzlich nur für Nachbauten gegeben werden. Besondere Förderung soll den Siedlungsgesellschaften zuteil werden. Die Gewährung von Zuschüssen an die Hausbesitzer kann in die Übernahme der Verpflichtung zur Aufnahme arbeitsloser Familien geknüpft werden.

Preussischer Kriegsminister Oberst Reinhardt:

Die Verwendung der Truppen zur Aufrechterhaltung oder Herstellung der inneren Ordnung ist unerlässlich und zwar ganz besonders für die beteiligten Truppeneinheiten und Soldaten. Er wird höchlich verärgert durch die tödlichen

holländischen Kampfesweisen der Aufrechter, die von ungemein gefährlichen Schwärmen angeführt werden. Auf diesem Untergrund soll sich die

Sitzung der Frau Luxemburg und Liebknecht.

Welches auch immer das rein menschliche und politische Urteil über die Bedeutung der Schuld und des Todes dieser beiden Persönlichkeiten für den Frieden in unserem Volke sein mag, als Selbst kann ich die Tatsache nur aufs tiefste bedauern, daß die Begleitkommandos nicht vermieden, die Fälligkeit unverzüglich den Richtern abzuliefern. (Große Unruhe bei den U. S. G. Erregte Zwischenrufe: Unverschämtheit! Sie haben sie ja selbst gemordet, Sie sind der Mörder; fälligen Sie doch die Geschichte nicht!) Der kommandierende General von Lüttich teilte meine Auffassung und darin erkläre ich die Gewähr, daß bei der dem Tode des Generals unterstellten Garde-Kavallerie-Schändelaktion alles nötige zur Feststellung des Falles und zur Bestrafung der Schuldigen geschehe. (Neuer Ausbruch des Sturmes bei den U. S. G. Andauernde Zwischenrufe: Unverschämtheit, Mörder! usw. Präsident Behrens erklärt, er werde wenn die Zwischenrufer sich nicht beruhigen, von Ordnungsrufen Gebrauch machen.)

Entsprechend der eigenartigen Bedeutung des Falles waren wir bemüht, ihm eine breitere Öffentlichkeit zu geben, und wir zogen deshalb je ein Mitglied des Berliner Volksrates und des Zentralrates hinzu. Ich bedaure, daß die Herren ihre Plätze verlassen haben, weil sie in der Richterverhandlung der Untersuchungshaft den Standpunkt des Gerichtsherrn nicht teilen konnten. (Zuruf bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Weil sie sich nicht mitschuldig machen wollten!) Als die „Kote Fahne“ eine Reihe von Tatsachen mitteilte, habe ich die Bestrafung gegeben, sie sämtlich in das Ermittlungsverfahren einzubeziehen. Das Verfahren wurde nicht eingestellt. Es rückt auch nicht und geht fort. Ich muß es aber deshalb entschieden ablehnen, mich über das Ergebnis des schwebenden Verfahrens auszusprechen. Ich halte es aber für verfehlt, auf Grund einseitiger Darstellung sich ein einseitiges Urteil zu bilden. Das Gericht ist pflichtgemäß bestrbt, Klarheit und Gerechtigkeit zu schaffen; neue Feststellungen werden neue Schritte nötig machen. Technisch liegen die Verhältnisse bei dem

Vorgang im Tegeleer Fort.

Ich bekomme eben die Meldung, daß das Verfahren gegen die Begleitmannschaften von der Kommandantur Spandau eingeleitet ist. (Abg. Haase: Eingeleitet? Jetzt nach vier Wochen?) Die Beschuldigten sind in Untersuchungshaft. Die Vorlegung eines näheren Berichtes ist verzögert worden, weil auf Antrag des Rechtsanwalts Haase neue Zeugen vernommen werden müssen. Die Reichsregierung weiß sich mit dem Volke einig in dem alleinigen Wunsche nach Gerechtigkeit. (Beifall und Zuruf bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: So sieht sie aus!) Diese muß aber auch für die Beschuldigten gelten. Ich werde den Tag segnen, wo die Verwendung der Truppen als Polizeitruppen aufhören kann. In diesem Sinne kann ich mitteilen, daß die Reichsregierung schon den Plan gefaßt hat, die Militärstrafgerichtsordnung so umzuwandeln, daß rein bürgerliche Straftaten vor die bürgerlichen Gerichte kommen sollen. (Beifall.) Es wird das ein Teil der inneren Umgestaltung, die das künftige Volkstrecht von jetzt unterscheiden werden. Dieses Zukunftsrecht wird sehr beschleunigt sein, aber wir können es trotzdem noch nicht aufbauen, weil wir noch keinen Frieden haben. Wir müssen daher vorläufig mit Ubergangseinrichtungen auskommen. Auch die Einrichtungen dieses Ubergangsbereiches werden zunächst einen vorläufigen Charakter im Sinne der

Berordnung über die Kommandogewalt

vom 19. 1. 19 haben. Diese Verordnung hat mir viel Anfechtungen eingebracht; auf der einen Seite von den Offizieren, auf der anderen von den Soldatenräten. Vielleicht ist aber das gerade ein Beweis, daß ich die richtige Mitte eingehalten habe. Ich meine, wir müssen in dieser ersten Zeit trennen, wir müssen einen (Beifall und Zuruf bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Mit Maschinengewehren!) Die Soldatenräte oder Vertrauensleute werden bei der Verwaltung der Truppe in ihrem ganzen inneren Leben ebenso eifrig mitwirken können, wie sie bei Führung und Verwendung der Kommandos überlassen müssen, bis fest auf die Republik zu verpflichten sind. (Unruhe

wolle. Es meldeten sich darauf bei ihr als Vertreter der beiden Familien die zur unabhängigen Sozialdemokratie gehörenden Rechtsanwälte Rosenfeld und Weinberg. Die Reichsregierung ersuchte das Militärgericht, die beiden Herren zugulassen, das Gericht lehnte die Zulassung ab und unterbreitete den Antrag der Reichsregierung dem Kriegsministerium zur Entscheidung unter Beifügung der Akten, ohne deren Kenntnis das Kriegsministerium zu dem Antrage nicht Stellung nehmen konnte. Ebenso selbstverständlich ist es, daß das Gericht, bevor es die Akten zurückerhalten hätte, in der Untersuchung nicht fortfahren konnte.

5. Die Untersuchung der Fälle Liebknecht und Luxemburg ist noch nicht abgeschlossen. Niemand kann also sagen, wie sie enden wird. Wer der Ansicht ist, daß Gerechtigkeit in einem jeder Willfür entzogenen Gerichtsverfahren möglich ist, hat die Verpflichtung, mit der Kritik einer Untersuchung bis zu ihrer Beendigung zu warten.

Wenn ein Artikel der „Freiheit“ darauf verweist, daß zur Klärung der Vorgänge vom 6. Dezember 1910 eine besondere Untersuchungskommission eingesetzt worden ist, so ist zu bemerken, daß gerade dieses Vorkommnis am stärksten für die Unzuverlässigkeit der Bestellung von Sonderausschüssen spricht. Denn die Einsetzung jener Untersuchungskommission ließ sofort einen Streit darüber entstehen, ob neben ihr das ordentliche Gericht tätig sein soll oder nicht. Es wurde dahin entschieden, daß die Kommission das Gericht nicht verdrängen, sondern neben ihm tätig sein sollte. Wäre in den Fällen Liebknecht und Luxemburg die gleiche Entscheidung getroffen worden — und eine Ausschaltung des Gerichts hätte eine Verletzung der elementarsten Rechtsgrundsätze bedeutet — so würden das Gericht und die Kommission einander auf Schritt und Tritt in die Quere gekommen sein und ihre Konflikte hätten zur Verwischung wichtiger Spuren führen können. —

Soweit die Aufschrift, der man als ihr Bestes entnehmen kann, daß die Untersuchung noch nicht abgeschlossen ist. Ueber den gewissenlosen Versuch der „Freiheit“, der Regierung und besonders dem Genossen Landsberg Verdunkelungsabsichten vorzuerwerfen, ist kein Wort weiter zu verlieren, ebensowenig aber auch über die Tatsache, daß die bisherigen Ergebnisse der Untersuchung höchst unbefriedigend sind. Das Rechtsgelächter kann nicht dadurch befriedigt werden, daß Leute beurteilt werden, deren Schuld nicht erwiesen ist; es bleibt aber auch verfehlt, wenn es nicht gelingt, die Schuldigen festzustellen und zu bestrafen. Der Eindruck, daß die Militärjustiz alles tut, um dem Recht zum Siege zu verhelfen, besteht in weitesten Kreisen nicht. Aber nirgends sollte man sich der Erkenntnis verschließen, daß der Ausgang dieser traurigen Rechtsangelegenheit von außerordentlicher, grundsätzlicher Bedeutung ist.

Die Regierung kann das deutsche Volk nicht dem Sportplatz-Behagen ausliefern; sie ist gezwungen, die durch Gewalt gestörte Rechtsordnung mit Gewalt wieder herzustellen, und muß sich dabei der Mittel bedienen, die ihr zur Verfügung stehen. Aber es liegt in ihrem Interesse und im Interesse ihrer Sache, daß die Truppen, deren sie sich bedient, das sind, was sie sein sollen: unablößliche Schützer des Rechts. Jeder Schatten, der auf die Truppen fällt, schadet ihrer Sache und muß getilgt werden! Der Fall Liebknecht-Luxemburg wird ein Quell der Verbitterung und Verwirrung bleiben, solange es nicht gelungen ist, ihn restlos aufzuklären und die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen.

Hestige Kämpfe um Lemberg.

Tägliches Bombardement der Stadt.

Sonn, 10. Februar. (D. R.) Aus Lemberg wird gemeldet: Ein Ggungstelegramm aus Krakau berichtet, daß die Ukrainer Lemberg täglich bombardieren. 8000 Personen sind verwundet, die Hospitaler der verschiedenen Städte in Opatowitz vernichtet, 10 000 Menschen sind ohne Unterkommen.

An die geistigen Kämpfer der Welt.

Ein Aufruf von Henri Barbusse.

Das im Pariser „Populaire“ veröffentlichte, von uns bereits erwähnte Manifest an die Internationale des Geistes, das von Henri Barbusse geschrieben und förmlich unterschrieben ist, hat folgenden Wortlaut:

„Geistige Kämpfer in aller Welt!

Trotz allen Hasses, das uns zum Trotz von unseren Händen trieb, haben unsere Hände heute davon, mit euch allen im Bunde die Welt neu aufzubauen. Darf die Erinnerung aber gar die tragische Gewissensqual, daß wir länger als vier Jahre Handwerker des Gemeinhats und der Unzufriedenheit waren, und noch fernhin trennen, nachdem eine allzu enge Brüderlichkeit mit unseren Bundesgenossen in den Kämpfen und gegeneinander feindlich gesteht? Unser Geist schwebte weit hoch über den Schlachten. Wüßte vergeblich und wie ein innerer Brand. Wir sprachen die Wahrheit, wir glaubten der Lüge nicht.

Dennoch aber marschierten wir, die einen, gegen die anderen, kämpften uns wie Brüder in ein Kurier, wählten uns wie Gladiatoren im dunklen Grunde. Wir haben uns als Schlachtopfer bezogen, auf daß die Lebensformen unter uns mit unübersehbarer Gewalt unserer Gedanken verständigen können, den seinen Gedanken, der jenen anderen Wirt sein soll, in dessen Namen wir wieder marschieren. Welcher Hirnverwirrung, welche verwerfliche Doktrin, welches sinnlose Gefühl wird es wagen, sich gegen uns zu erheben, gegen uns sich zu bekämpfen? Wir wollen nicht, daß man sich unserer bediene, um den Krieg nach dem Frieden fortzuführen.

Geistige Kämpfer der noch gestern feindlichen Völker!

Wir haben Güte, wieder Fühlung mit euren Hirnen und Herzen zu gewinnen! Geistige Kämpfer in aller Welt! Wir wissen, daß ihr, die ihr so denkt wie wir, unglückliche seid, und daß auch ihr 60 Monate lang, trotz der Bauerkeit eurer geistigen Sorgen, ein Leben von Mühen und Sorgen gelebt habt.

Wir haben die erste und gute Pflicht, heute ein weißes Beispiel zu geben. Wir müssen uns als erste die Hände waschen, da wir allein, hinweg über die im Innern jedes Landes durch die Presse entsetzte Menge, hinweg über die großen Intellektuellen, die vor ihrer stützlichen Aufgabe versagt haben, da wir allein, hinweg über alle verirrten Geistes- und Volksträfte, unter den Zweikämpfen von Feuer und Stahl, die uns zum Fällsel der Strassenweber machen, den Mut gefunden haben, das Vertrauen in die Menschennatur und in die leuchtende und stützige Kraft der Vernunft zu betonen.

Wägen wir unser mächtiger Freund. Seine Stimme war die

unsere. Unsere Stimme wird die seine sein, trotz allem und trotz allem.

Geistige Kämpfer aller Länder, helfeherisch, den sich forterhebenden Doh vernehmend, strecken wir euch brüderlich unsere Hände entgegen. Unsere Aufgabe von morgen wird rauh sein, schwerer noch als die von gestern. Sie wird uns ohne Unterlaß im Angesicht unseres Gewissens in den Mittelpunkt von Verfolgungen stellen, mit denen der barbarische und feindliche Rationalismus uns anfallen wird. Unser enges Bündnis wird unsere Kraft ausmachen.

Es ist Zeit, daß wir, jeder in seinem Vaterland, uns gegen die Begünstigten der Kriege und der Verheerung stellen. Uns, denen niemand vorwerfen kann, wir hätten der Nation nicht gegeben, was der Nation gebührt, und die wir gemessen Pfänder geistig haben für unsere Hingabe an den Frieden der Völker, uns liegt von nun an die Arbeit ob, zum Heil der Menschen die Internationale der Geister wieder herzustellen.

Geistige Kämpfer aller Länder, beteiligt auch!

Zur Reform unserer Universitäten.

In dem eben erschienenen Heft der „Akademischen Rundschau“ bringt der kürzlich verheiratete Berliner Literaturhistoriker Ludwig Geiger in einem längeren Artikel beachtenswerte Vorschläge über die Reform unserer Universitäten. Geiger erhebt keine Betrachtungen vor allen Dingen auf vier Punkte, die Beschaffung der außerordentlichen Professoren, die Kollegienmitglieder, die Stellung der Privatdozenten und das Verhältnis der Universitäten zu den Volkshochschulen. Zunächst die Beschaffung der außerordentlichen Professoren verlangt Geiger ganz entschieden die Schaffung besserer finanzieller Bedingungen. Nach dem Normallohn erreicht für einen Extraordinarius die Besoldung nach 24jähriger Dienstzeit die Höhe von 6100 M. Geiger hebt hervor, daß eine bezahlte Entlohnung im Verhältnis zu der Bezahlung von Unterbeamten, die in viel jüngeren Jahren und mit viel geringeren Vorbildungslofen gleiche Höhe erreichen, unwürdig ist. Was die Kollegienmitglieder betrifft, so schlägt sich Geiger dem bereits in Österreich und der Schweiz eingeführten Modus an, alle Kollegienmitglieder in Staats- oder Universitätsstellen zu lassen, aus denen dann die Gehälter der Professoren ganz oder teilweise zu bestreiten wären. Wenn durch eine solche Reform eine Reihe von Ordinarien eine erhebliche Entlastung an ihren Einnahmen erleiden, so soll es Geiger für durchaus berechtigt, daß für sie nach so vielen „jetzen Jahren auch einige moagere folgen“. Privatdozenten, die ja keine Beamten sind, können nach Geiger auch kein Gehalt bezogen. Vielleicht sollte ihnen nach Abkündigung einer Probezeit eine gewisse Entlohnung zu gewährt sein. Diese Probezeit, für deren Einführung Geiger lebhaft eintritt, soll vor allen Dingen die Befähigung des Privatdozenten in pädagogischer Hinsicht nachweisen. Unter Beizung eines Ordinarius müßte der Privatdozent ein oder zwei Probejahre ablegen und bei dem Urteil über seine Befähigung konnten Studentenrat

ein zu beachtendes Wort mitsprechen. Endlich tritt Geiger für eine Angleichung der Volkshochschulen an die Universitäten ein und für deren Erweiterung zu allgemeinen Bildungstätten ein. Jeder Professor sollte verpflichtet sein, neben seinen pflichtmäßigen öffentlichen Vorlesungen vornehmend für Nichtstudierende zu halten. Außerdem sollte hervorragenden Fachleuten aus praktischen Berufen Gelegenheit gegeben werden, während eines Semesters oder in einigen Vorlesungen die akademische Regel zu brechen, also der Stund der Hochschullehrer um einen weiteren vermehrt werden. Geiger will seine Vorschläge ausdrücklich aufgeführt wissen nicht als Kodifizierung gegen den Zeitgeist, sondern als Ergebnis tatsächlicher Erwägungen und einer langjährigen Betrachtung des akademischen Lebens. Geiger ist überzeugt, daß der Charakter unserer Universitäten als Hochschulen wissenschaftlichen Lebens durch die von ihm vorgelegenen Reformen nicht angegriffen werden wird.

Notizen.

— Dem junggestorbenen Hugo Krahn — im Alter von 84 Jahren fast dieser Kaiser des arbeitenden Berlin vor wenigen Wochen ins Grab — hat Louis Corinth gestern in der Sezeffion eine Ehrengedächtnisrede gehalten. Er nannte ihn ein großes Talent und dachte an Beethoven, der auch seine Laufbahn nicht vollenden konnte. Corinth sagte: „Max Liebermann zitierte bei der Seidenfeier Walter Reiffers das Goethe'sche Wort:

Der Jüngling taugend erregt unendliche Sehnsucht — allen künftigen auch und jedem nicht er aufs Reue — her die rühmliche Tat mit rühmlichen Taten geteilt wünsch.

Welche Künstler waren der Berliner Sezeffion von unermesslichem Vorteil; jedoch trotz schwerster Zeiten, welche heute Deutschland durchzumachen hat, will ich wieder an Deutschland, noch an unserer deutschen Kunst bezugnehmen. Junge Talente stehen heute dem Weltkrieg ebenfalls als Opfer dieses ungeheuren Menschenmordes. Junge Talente stehen aber auch auf und werden auch unsere Kunst vollenden helfen, die ein gutes Geschick nach Deutschland vorbehalten hat.“

In den Räumen der Sezeffion ist seit gestern Gelegenheit gegeben. Hugo Krahn's geistreiches und malerisches Schaffen in großer Reichhaltigkeit zu sehen. Unermesslich hat dieser Künstler das tausendfältig betragte Berlin der Arbeit — die Industrie, die Stadtviertel, Plätze und Straßen mit ihren Menschen — malerisch erschaffen wollen. Er ging die Wege, auf denen Hans Baldassars Meisterhaftigkeit gipelt.

— Theater. Eise Lehmann hat ihr Engagement bei den Direktoren Reinhard und Bernauer angetreten. Sie wird erstmalig in der Neueinstudierung von Jolens „Wildente“ im Theater i. d. Köpenickerstraße am kommenden Sonntag in der Rolle der „Gina“ mit „Iba Orloff“ gibt die Debut.

— Die Schundliteratur. Am 24. Februar, 7 Uhr, Vortrag von Rektor Sammler in der Literarischen Vereinigung, Vortragert: Haus. Zeit 7 Uhr und 10 Uhr. Vorträge aus Maß werden gelesen. Eintritt frei für jedermann.

Bei den Unabh. Sozialdem.) Den Offizieren war das Abziehen der alten Grabbezeichnungen besonders unangenehm. Sie mußten das hier festhalten. Die Abzeichenfrage wurde ganz sachlich erörtert. Das Abziehen der Abzeichen durch halbwillkürliche Ausschüsse hat von keiner ernstlichen Seite Befall gefunden. (Lebhafte Zustimmung.) Die neuen Abzeichen sind schmucklos; sie sind aber den heutigen bitteren Tagen der Not angemessen. Möchten wir bald über diese Notzeiten hinaus in eine sonnigere Zukunft blicken können. (Lebhafte Beifall.)

Hr. Frau Marie Judasz (Soz.):

Der Revolution verdanken wir Frauen unsere Siege im Parlament. Als Sozialdemokratin freut es mich, daß es eine sozialdemokratische Regierung war, die die deutschen Frauen von der politischen Unmündigkeit befreit hat. (Beifall links.) Die neuen Rechte können und nicht wieder genommen werden. Wir werden aber

niemals unter Frauentum verleugnen.

weil man auch wir in der politische Arena gestiegen sind. (Allseitiger Beifall.) Bei Beratung der neuen Verfassung werden wir dafür zu sorgen haben, daß nun auch in der Verwaltung die Frau als gleichberechtigt mit herangezogen wird. Vor allem gilt das für die Jugendpflege, für die allgemeine Volkserziehung und für die vielen Zweige der Wohlfahrtspflege. (Beifall.) Das Wirtschaftliche muß bald gefunden. Wir Frauen und Männer wissen am besten, wie tief wir ins Elend geraten sind. Da bedarf es gleichzeitiger Arbeit unter gleichberechtigter Mitwirkung der deutschen Frau. (Beifall.) Das sollten auch die bisherigen Gegner der politischen Frauenbetätigung einsehen, denn es wäre ein vergebliches Bemühen, den Zug der Zeit aufzuhalten. Graf Voskowsky fragt, was unter Junkerbherrschaft zu verstehen sei. Das weiß alle Welt. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit.) Der Herr Graf möge einmal bei den deutschen Frauen anfragen, da wird er schon die richtige Antwort bekommen. Wir müssen uns den Waffenstillstand gefallen lassen, weil der Krieg nach (zur Rechten) Vorkriegs Verhältnisse geführt wurde. (Unruhe rechts; lebhaftige Zustimmung bei der Mehrheit.) Die Revolution ist eine geschichtliche Tatsache, die aus den Verhältnissen herauswachsen mußte, zu denen Sie (nach rechts) getrieben haben. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die vielen Verbrechen von heute sind nicht erst durch die Revolution gekommen, auch schon unter dem alten Regime haben sich während des Krieges Raub, Mord, Diebstahl und Verbrechen aller Art in erschreckender Weise breitgemacht. (Unruhe und Widerspruch rechts; Zustimmung bei den Soz.) Die Unterdrückung der Presse in der heutigen Form billigen wir durchaus nicht, aber wo war denn die Freiheit der Presse während des Krieges unter dem alten Regime? (Sehr gut! links.) Immer wieder mußte gegen die Anhebung der Presse protestiert werden. (Lebhafte Zustimmung links.) Auch die Versammlungsfreiheit war unterbunden. (Sehr wahr! links.) Der Grundlag:

dem Tüchtigen freie Bahn!

wurde unter dem alten Regime niemals verwirklicht. Die Beamenschaft hat die Revolution mit einem bedrückenden Aufatmen begrüßt, sie wird auch wirtschaftlich unter dem neuen Regime besser fahren als bisher. Nach der Meinung des Abgeordneten Haase müßten wir Deutschen stillhalten, auch wenn wir sehen, daß die Erzeugnisse der Revolution, Freiheit, Versammlungsfreiheit und Freiheit des Staatsbürgers vernichtet werden, wenn der Demokratie das Grab gegraben wird durch Maschinenwucht und bedrückliche Umstände. Nein, das können wir nicht zulassen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Die unabhängige Sozialdemokratie hat die Spartakuspolitik unterstützt. (Sehr wahr! bei der Mehrheit.) Das befreite Deutschland (senkt seinen Volksgenossen, die noch immer in Kriegsgefangenschaft im Ausland schmachten müssen, brüderliche Grüße. (Beifall.) Im Namen der Menschlichkeit muß gefordert werden, daß sie baldigst ihren Kamillen und der Seimat zurückgegeben werden. (Beifall.) Zur bei den U. Soz.: Auch die Russen! Es ist das fürchterliche, was die Entente sich noch in dieser Stunde zu schulden kommen läßt, daß sie das wehrlose deutsche Volk noch weiter dem Hunger überliefert. Die Völker der ganzen Welt sollten zusammenwirken, um der Entente und Menschlichkeit zum Siege zu verhelfen. (Lebhafte Beifall.)

Hr. Mayer-Kaufmann (Zentr.)

begrüßt die Zusammenarbeit zwischen Mann und Frau in der Nationalversammlung und wendet sich dann der schweren Gefahr an, die unserem Wirtschaftsleben droht. Unter dem Beifall seiner Freunde sagt er: „Wir leben heute auch wirtschaftlich in unermesslicher Weise von den letzten Reserven.“ Aus der großen Katastrophe, die unser Volk bedroht, könne uns nur der rascheste Frieden retten. Unsere Finanzkraft sei schwer geschädigt und die Forderungen der Entente auf Entschädigung würde die stärkste Belastungsprobe für unser finanzielles Können sein. Die wichtigste Zukunftsaufgabe sei der planmäßige Aufbau unserer Exportindustrie und die Vermehrung unserer heimischen Lebensmittelproduktion. Vor allen Dingen gelte es, in der Seimat landwirtschaftliches Areal zu schaffen. Hunderttausende von Ostarr. Moor- und Oesterr. Arealen seien noch zu erschließen und auch dann sei es noch notwendig, auf lange Zeit hinaus die Lebensmittelrationierung beizubehalten.

Hr. Hell-Göhr (Demokrat)

Redet über das Los der Bevölkerung in den besetzten Gebieten und über die in den neuen Waffenstillstandsbedingungen zum Ausdruck kommenden Verengungsbahnen der Entente gegenüber Deutschland. Nach einem Vorkurs zur republikanischen Freiheit polemisiert er gegen den Volksparteiler Richter, der sich immer wieder nach rechts entwidet.

Reichsminister Erzberger:

Die Regierung ergreift gern die Gelegenheit, um den linksrheinischen Brüdern herzliche und aufrichtige Grüße zu senden. (Beifall.) Die linksrheinischen Gebiete bringen schwere und harte Opfer. Sie ertragen die feindliche Besetzung, damit das übrige Deutschland die Vorteile des Waffenstillstandes einheimen kann. Das dürfen und werden wir den Bewohnern des linksrheinischen nie vergessen. (Allseitige Zustimmung.) Wenn auch gegenwärtig noch keine eine Abgrenzung gezogen ist, eine geistige Wiedervereinigung kann niemals verhandelt werden. Die Hebung der Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrages namentlich durch die französischen Besatzungsbehörden geht über alles erträgliche Maß hinaus. (Allseitige Zustimmung.) Der Eisenbahndirektionspräsident in Saarbrücken ist zu acht Tagen Stubenarrest verurteilt worden, weil er nach Meinung der Franzosen nicht entschieden genug auf die Eisenbahnarbeiter herein eingewirkt haben soll, an die Stelle des Achtundzestages den Sechshunderttag einzuführen. (Lebhafte Beifall.)

Das deutsche Volk hat das unermessliche Recht auf einen gerechten Frieden bereits in der Tasche. Jede Überforderung der Kräfte, die in dieser Note der Allierten vom 5. November gezogen ist, muß direkt als Wortbruch bezeichnet werden. (Zustimmung.) Das deutsche Volk kann angesichts der Verengungsbahnen einzelner der Allierten nicht oft und nicht laut genug eine Stimme erheben. (Beifall.) Insbesondere weisen wir einmütig von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken die französischen Anreizungsmaßnahmen auf das Georgische zurück. (Beifall.) Den Kampf gegen den Bolschewismus im Osten betrachtet die Regierung als eine ihrer wichtigsten Aufgaben. Wir können nicht warten, bis die Sowjettruppen in Ostpreußen stehen. Die Regierung tut alles, um

das Los der Kriegsgefangenen

zu lindern und wir sind insbesondere dankbar für die Zentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene, die unter Leitung des Hrn. Stüdemann arbeitet. (Beifall.) Vor aller Welt stelle ich fest, daß Deutschland einen Krieg nicht mehr führen will und nicht mehr führen kann. Wenn gleichwohl einseitig unsere Kriegsgefangenen

zurückbehalten werden, so ist das eine Verhärter, wie sie die Menschheitsgeschichte nicht kennt. (Lebhafte allseitige Zustimmung.)

Hr. Haase (U. Soz.)

besteht in persönlicher Bemerkung, durch Stellung von Beweisdrängen das Untersuchungsverfahren wegen der Lösung der vier Gefangenen im Lager Joritz beschleunigt zu haben. Die Anträge hätten den Zweck gehabt, das Verfahren zu fördern, und die gegenteiligen Behauptungen des Kriegsministers seien eine schamlose Verdrehung des wahren Sachverhalts. (Große Unruhe.)

Kriegsminister Reinhardt:

Ich habe dem Abgeordneten Haase nicht den Vorwurf der Verschleppung gemacht, sondern nur den Bericht des Kommandanturgerichts verlesen, wonach sich die Einleitung des Untersuchungsverfahrens hinausgeschoben hat, weil der Hr. Haase als Verteidiger noch die Vernehmung von Zeugen beantragt hatte.

Dann folgen noch verschiedene persönliche Bemerkungen.

Nächste Sitzung Donnerstag 2 Uhr. (Fortsetzung.)

Schluß gegen 7 Uhr.

Die Bildung der preussischen Regierung.

Die erste Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion der preussischen Landesversammlung ist am Sonntag, den 2. März, nach Berlin einberufen worden. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird sie sich mit der Frage der Bildung des Ministeriums beschäftigen. Der Wunsch geht dahin, in Preußen aus denselben Parteien wie im Reich die Regierung zu bilden. Es finden bereits in Weimar vertrauliche Besprechungen unter den Parteiführern darüber statt. Naturgemäß ist in Preußen wegen der Gegensätze auf schul- und kirchenpolitischen Gebieten ein Zusammengehen zwischen Sozialdemokraten und bürgerlichen Demokraten auf der einen und der christlichen Volkspartei auf der anderen Seite schwieriger als im Reich, wo diese Fragen keine Rolle spielen. Es ist aber trotzdem auf das Zustandekommen einer Koalitionsregierung zu rechnen, die dann etwa drei Viertel der Mitglieder der Landesversammlung hinter sich hätte.

Generalstreik in Gotha.

Gotha, 19. Februar. Wegen der Besetzung der Stadt durch Regierungstruppen ist heute mittag 12 Uhr der Generalstreik ausgedehnt. Alle Betriebe stehen still. Die Zeitungen sind schon gestern nicht erschienen.

Der Eilfelder Bahnhof befreit.

Münster, 19. Februar. Das Genroskommando gibt bekannt: In Eilfeld hatten am 18. Februar Angriffe der Spartakisten auf die Eisenbahndirektion und den Bahnhof zum Erfolg geführt. Der Abteilkommandeur II hat eine Kompanie mit Maschinengewehren vom 11. Infanterie-Regiment 89 zur Hilfe geschickt, die auch den Bahnhof und die Eisenbahndirektion wieder nahm und zurzeit noch besetzt hält. Marschall Koch hat genehmigt (!), daß Regierungstruppen im Abteil II zur Unterdrückung der ausgebrochenen Unruhen verwendet werden.

Spartakistische Kanonen.

Münster, 19. Februar. Aus Niedlinghausen wird gemeldet: Dort wird durch Spartakisten mit Artillerie beschossen. Diktate wird von Münster aus entsandt.

Sozialistische Einigung in Braunschweig.

Sprengung der Landesversammlung durch Arbeitslose.

Die seit einiger Zeit schwedenden Einigungsverhandlungen zwischen den beiden sozialdemokratischen Fraktionen haben zu einer Einigung geführt. In der gestrigen Sitzung der Landes- und S.-Räte wurde dem geschlossenen Kompromiß zugestimmt. Die gesamte gegenwärtige Regierung hat deshalb ihre Ämter in die Hände des Landes- und S.-Rats zurückgelegt. Die neue Regierung wird entsprechend einer neuen provisorischen Verfassung, die der Landes- und S.-Rat ebenfalls gebilligt hat, von der Landesversammlung gewählt werden und wird aus 4 Unabhängigen und 4 Reichheitssozialisten bestehen. Eine Anregung, auch Vertreter der bürgerlichen Parteien in die Regierung aufzunehmen, wurde abgelehnt. Der neue Verfassungsentwurf besagt u. a.: Alle Macht ruht beim braunschweigischen Volke. Sie wird ausgeübt von der Landesversammlung, dem Landes-Arbeiter- und dem Rat der Volksbeauftragten und den drei linken A. und S.-Räten. Neben der Landesversammlung besteht ein Landes-Arbeiter- und Arbeiter-Rat, dem es obliegt, die Sozialisierung vorzubereiten. Ihm steht Einspruchsrecht gegen die Beschlüsse und Bescheide der Landesversammlung zu. Der Landes-Arbeiter-Rat ist auf Grund eines besonderen Gesetzes bis 1. April 1919 zu wählen. Die Gesandten des Landes führt ein Rat der Volksbeauftragten. Er wird von der Landesversammlung gewählt und muß ihr Vertrauen haben.

Aus Braunschweig wird unter dem 19. Februar gemeldet: Während der heutigen Beratungen der Landesversammlung über die Arbeitslosenfrage versammelte sich vor dem Landtagsgebäude eine nach Tausenden zählende Menge von arbeitslosen Männern und Frauen. Ein Teil von ihnen härmte in das Haus, die Treppen hinauf und erdrückte die Türen zum Sitzungssaal. Hier entspann sich zunächst eine wilde Schimpferei. Die Abgeordneten wurden umringt, ebenso der Präsident. Die Eindringlinge bemächtigten sich des Abgeordneten Müller-Schulz, Direktors einer hiesigen Firma, schlugen auf ihn ein und rauchten ihn mit dem Kopfe auf den Tisch. Schließlich wurde auch der Tisch des Präsidenten umgeworfen, die Tische und Stühle im Saale zusammengeworfen und die Türöffnung eingestößt. Der A. und S.-Rat versuchte die Leute zu beruhigen, aber ergebnislos. Volkswacht und Matrosenwache wurden aufgeboten, um das Gebäude wieder zu säubern.

Plünderungen in Hessen.

Hanau, 19. Februar. Heute mittag setzten die Unruhen und Plünderungen von neuem ein. Im Schloß des Landgrafen von Hessen, Philippstraße bei Hanau, plünderten junge Leute und Frauen die Innenräume und nahmen Wäschebände und Ähnliches mit sich. Die Plünderer wurden schließlich durch heranziehende Mannen verjagt, die den Leuten die Wege zum Teil wieder abnahmen. Am Nachmittag kam es auf dem Vorplatz zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen Truppen und Demonstranten, wobei auch Maschinengewehre in Tätigkeit traten. Acht Personen wurden getötet und mehrere verwundet. Auch die Truppen hatten zwei Tote und einige Verwundete.

Frankfurt a. M., 19. Februar. Die hiesigen Blätter melden aus Hanau: Gestern ereigneten sich hier neue schwere Unruhen. Eine bewaffnete Menge härmte das Gefängnis, befreite die Insassen und richtete großen Schaden in den Zimmern der Staatsanwaltschaft an, wo familiäre Utensilien verbrannt wurden. Auch

das Rathaus wurde gestürmt. Wild- und Wollwaren verwendet und Inventar zerstört. Abends wurde die Zentrale der Lebensmittelversorgungsstelle gestürmt. Fünfundzwanzig Zentner Butter und Margarine, vierzig Zentner Käse, hundert Zentner Zucker, fünfundzwanzig Zentner Mehl und große Mengen von Käse und Marmelade fielen den Plünderern in die Hände. Unter der Bevölkerung herrscht große Unruhe.

Ein Putsch in München.

Ein preussischer Prinz als Führer.

München, 19. Febr. (T.U.) Heute nachmittag fand in München ein mißglückter Putsch statt. Ein angeblicher Aufbruch zum Schutze des zusammenstürzenden Landtages, bei dem der Obermatrose Leiter und Prinz Joachim von Preußen eine führende Rolle spielten, besetzte mit Matrosen die Stadtkommandantur und die Polizeidirektion. Der Volkseisenbahnpräsident, der Stadtkommandant, der Privatsekretär des Ministerpräsidenten und zwei Mitglieder des Arbeiterrates wurden verhaftet.

Gegen 5 Uhr nachmittags rückten Matrosen und Pioniere vor dem Landtagsgebäude an, um die Landtagswache abzulösen. Durch Werfen von Handgranaten wurden im Gangwege des Landtages eine Frau schwer und ein Landtagsdiener leichter verletzt. Die Landtagswache schlug den Angriff ab, wobei mehrere Soldaten leichter verletzt wurden. Am Abend gegen 7 Uhr waren

alle öffentlichen Gebäude wieder besetzt

und die Matrosen lieferten freiwillig ihre Waffen ab. Die Verhafteten wurden sämtlich wieder in Freiheit gesetzt und dafür Prinz Joachim von Preußen, der sich unter dem Namen eines Grafen Wenz in München aufhielt, festgenommen und im Hotel „Bayerischer Hof“ interniert. Die zu dem Putsch verwendeten Mannschaften waren zu der Unternehmung unter Mißbrauch der Namen der Minister Kuer und Kopp hauptier gewonnen worden, die beide keinerlei Kenntnis von dem ganzen Unternehmen hatten. Bei der vorübergehenden Verhaftung des Stadtkommandanten wurde ein begleitender Offizier am Kopf verwundet. Durch einen Schuß aus dem Telephonamt erhielt ein Fahrgast der Straßenbahn einen Kopfschlag.

Während der ganzen Vorgänge war im Landtagsgebäude unter größter Aufregung der bayerische Rätekongress versammelt, der in der 8. Abendstunde eine dringliche Abordnung an die Regierung mit der Forderung entsandte, den Prinzen Joachim in Schutzhaft zu behalten, bis alles aufgeklärt sei. Schon vorher hatte der Rätekongress eine gleichbedeutende Kommission zur sofortigen Untersuchung des Putsches eingesetzt, weil der Verdacht aufgetaucht war, daß einige Minister von dem Putschversuch Kenntnis gehabt hätten. Es stellte sich aber heraus, daß davon keine Rede sein konnte.

Am 7 Uhr abends trat ein Ministerrat zur Beratung über die Vorgänge zusammen. Der Rätekongress will auch die ganze Nacht über versammelt bleiben, bis die ganze Angelegenheit erledigt ist. Die Regierung läßt mitteilen, daß alle amtlichen öffentlichen Gebäude in ihrem Besitz sind, daß der Bahnhof gesichert ist, und daß diezüge vollständig ordnungsgemäß verkehren. Prinz Joachim von Preußen befindet sich im Hotel „Bayerischer Hof“ unter Bewachung von zwei bewaffneten Matrosen. Im Rätekongress hat ein Redner verlangt, daß darüber beraten werden soll, ob Prinz Joachim an die bayerische Grenze gebracht oder freigelassen werden solle. Es wurde aber dann beschlossen, seine vorläufige Verhaftung zu fordern.

Um den Reichskongress der A. und S.-Räte.

Tagung des Groß-Berliner Volksgenossen.

Der Volksgenossenrat Groß-Berlin beschloß sich am Mittwoch ausschließlich mit der Einberufung eines Reichskongresses der A. und S.-Räte. Richard Müller gab einen Situationsbericht über die Lage in Rheinland-Westfalen und bemerkte, daß die Lage im Westen für das gesamte deutsche Wirtschaftsleben sehr ernst sei. Es sei möglich, daß auch das Berliner Wirtschaftsleben in den nächsten Tagen durch die Wirkung der Ereignisse im Westen fast stillgelegt werden kann. Ein Zentralkongress der A. und S.-Räte Deutschlands, der sich nur mit der Frage beschäftigen: Der Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens und die Arbeiterrechte, würde beruhigend auf die Arbeiterchaft des Westens wirken. Leider habe der Zentralrat den Antrag der Volksversammlung vom 31. Januar d. J. auf Einberufung eines Reichskongresses noch nicht erledigt. Der Volksgenossenrat müsse nunmehr selbst einen Zentralkongress der A. und S.-Räte einberufen, wozu er auch auf Grund des Antrages des Zentralkongresses der Soldatenräte verpflichtet sei.

Die Mitglieder der S. P. D. beantragen dagegen, die Stellungnahme des Zentralrats abzuwarten. Der aller Wahrscheinlichkeit nach am 24. resp. 25. Februar 1919 hierzu Stellung nehmen wird. Diese Gegenstände führten zu einer ausgedehnten längeren Debatte. Der Antrag Müller wurde mit 10 gegen 9 Stimmen abgelehnt. Ein Eventualantrag, sofort eine Volksversammlung der A. und S.-Räte Groß-Berlins einzuberufen und diese die aufgeworfene Frage entscheiden zu lassen, wurde mit demselben Stimmverhältnis ebenfalls abgelehnt. Hierauf bemerkte Richard Müller: Er betrachte die Verhältnisse als durchaus ernst und sehr sich eventuell genötigt, selbst eine Volksversammlung der Groß-Berliner A. und S.-Räte einzuberufen.

Dem wurde von seiten der Mitglieder der S. P. D. und der D. J. die schwersten Bedenken entgegengehalten.

Wie Spartakus warb.

Um den — Bolschewismus zu bekämpfen!

Dem Landgericht wurde am Mittwoch aus der Untersuchungsakten der 19jährige Landwirtschafstheoretiker Karl Walter vorgeführt, um sich wegen schweren Hausfriedensbruchs, Landfriedensbruchs und Teilnahme an einem bewaffneten Raub zu verantworten. — Der jugendliche Angeklagte machte den Eindruck eines geistig beschränkten und frotter. Sein Vater war als Kriegsgewerksrat im Felde, seine Brüder sind Offiziere und befinden sich in Gefangenschaft. Wie der Anklage vor Gericht ergab, habe er am 10. Januar auf der Straße einen Matrosen kennengelernt, der auf die Truppen, welche das Schloß besetzten hatten, furchtbar schimpfte und sie als Bolschewisten (!) bezeichnete. Aus den Erzählungen des Matrosen will er zu der Ueberzeugung gelangt sein, daß

die Regierungstruppen bolschewistische Ziele verfolgen und die nötige Anarchie eintreten würde. Auf den Hinweis des Matrosen, ob er vielleicht im Armenhaus erben wolle, habe er, um seine Eltern zu schützen, sich bereit erklärt, „gegen die Anarchie“ zu kämpfen. Er sei dann von dem Matrosen nach dem „Deut“, in Wirklichkeit nach dem Volkslichen Telegraphenbureau geführt worden, wo man ihm zwei Handgranaten und einen Karabiner gegeben habe, aus dem er mehrmals geschossen habe. — Aus den Antworten des Angeklagten auf die Fragen des Vorsitzenden ging hervor, daß in dem Kopfe des Angeklagten eine heillose Verwirrung geherrscht haben mußte, da jener Matrose, um ihn anzulocken, die Taschen direkt auf den Kopf gestellt hätte. — Der Staatsanwalt beantragte 1 Jahr Gefängnis, während Rechtsanwalt Dr. Walther um eine milde Strafe bat, da der junge Mensch lediglich das Opfer eines Spartakusverbrechens geworden sei. — Das Gericht erkannte auf 6 Monate Gefängnis unter Anrechnung von 1 Monat der Untersuchungshaft und sofortiger Haftentlassung. Außerdem wurde die bedingte Begnadigung für zulässig erklärt.

Gewerkschaftsbewegung

Das Ende des Streiks der Handelsangestellten.

Getreu ihrer Aufgabe, die sie vor dem Schlichtungsausschuss gegeben hatten, empfahlen die Streikleiter getreu die Wiederaufnahme der Arbeit. Zunächst in einer Vertrauensmännerberatsammlung, die mittags abgehalten wurde. Sie nahmen gegen einzelne Stimmen den Schiedsspruch an. Nicht, weil sie ihn für eine besondere Ertragsmehrer hält, sondern aus ruhiger, sachlicher Ermüdung der Gesamtlage. Damit war die Beendigung des Streiks endgültig beschlossen.

Nachmittags trafen sich die Massen der Streikenden im Lustgarten vor dem Museum versammelt. Schmidt gab eine Darstellung des Verlaufes der Verhandlungen. Er betonte, daß er so wenig wie irgendeiner der Streikenden mit dem Schiedsspruch zufrieden sein könne, da er gar zu weit zurückbleibt hinter den Forderungen der Angestellten. Trotzdem empfehle er unter dem Zwang der Verhältnisse die Wiederaufnahme der Arbeit. Wenn diesmal nicht mehr erreicht werden konnte, so sei das auch dem Umstande zuzuschreiben, daß ein großer Teil der kaufmännischen Angestellten den Weg zum Zentralverband noch nicht gefunden habe. Eine Reihe von Organisationen, die mehr oder weniger auf dem Harmoniestandpunkt stehen, konnten sich bei dieser Gelegenheit als angelegliche Vertreter der Angestellteninteressen melden. Je mehr die Kollegen beitragen zur Stärkung ihrer Gewerkschaft, des Zentralverbandes, desto besser würden ihre Interessen bei künftigen Gelegenheiten gewahrt werden. Dieser Kampf sei noch nicht der letzte. Die Bewegung sei auch noch nicht abgeschlossen. Der Tarif müsse noch beraten werden. Da geht es, so viel wie möglich für die Kollegen herauszuholen. Besonders sei zu beachten, daß Maßregelungen nicht stattfinden und die aus Anlaß des Streiks erfolgten Kündigungen zurückgenommen werden müssen. Vor allem werde an der Forderung festgehalten, daß die Streikhöhe bezahlt werden müssen. Nach dem Beschluß des Schlichtungsausschusses werde im Endurteil, also wenn die Tarifverhandlungen abgeschlossen sind, entschieden werden. Sollte uns die Bezahlung der Streikhöhe nicht zugesprochen werden, sollten die Maßregelungen und Kündigungen nicht restlos zurückgenommen werden, dann — sagte der Redner unter lebhaftem Beifall — kommen wir hier wieder zusammen. Dann nehmen wir den Kampf von neuem auf. Jetzt aber wollen wir, obgleich wir mit dem Schiedsspruch nicht einverstanden sind, geschlossen wieder an die Arbeit gehen und dadurch unsere Disziplin bewahren. Einmütig stimmte die Versammlung dem Referenten zu.

Deutscher Holzarbeiterverband.

In einer gut besuchten Versammlung der Knopfabrikerbranche referierte Neumann vom Hauptvorstand über den bevorstehenden Abschluß eines Tarifvertrages. Von Diskussionsrednern wurde hervorgehoben, daß in der Branche noch Löhne vorkämen, die niedriger als die Erwerbslosenunterstützung seien; auch der Lohnmann stelle fest, daß noch Stundenlöhne von 85 Pf. für Arbeiter und von 85 bis 42 Pf. für Arbeiterinnen vorkämen. Im bemerkenswerten Gegensatz ständen die gesteigerten Preise, die die Fabrikanten für ihre Waren erhielten. Angesichts der immer noch steigenden Lebensmittelpreise rief die Besannung eines Beschlusses der Fabrikanten große Entrüstung hervor, den Arbeitern in bezug auf Lohnminderungen kein Entgegenkommen zu gewähren. Einige Redner meinten, die Unternehmer zögen die Verhandlungen in die Länge, sie umgingen den Arbeitsnachweis und versuchten durch Insetze billige Arbeitskräfte zu bekommen; auch würde die Ansicht vertreten, daß die Unternehmer den Tarif nur zu ihrem Vorteil ausnützten. Über einstimmend kam zum Ausdruck, daß der Tarif

nur dann abgeschlossen werden solle, wenn eine dem feuren Lebensunterhalt angemessene Lohnmehrerung zustanden wird. Eine in diesem Sinne gehaltene Resolution fand einstimmige Annahme.

Streik bei der Firma Gasmotoren-Fabrik Köhn-Deug, Filiale Berlin.

Die kaufmännischen Angestellten obiger Firma hatten vor einigen Wochen die Zahlung einer Entschuldungssumme und eine Erhöhung ihrer festen Gehälter um 50 Proz. beantragt. Bei der Entscheidungssumme sind die Angestellten in ihrer Forderung erheblich zurückgegangen, dagegen können sie das Angebot der Firma in Höhe von 16 Proz. Gehaltszulage nicht akzeptieren. Die festen Gehälter schwanken mit einzelnen Ausnahmen zwischen 100 und 250 M. Das sind gewiß Löhne, die den heutigen Zeitverhältnissen nicht entsprechen. Die Angestellten hatten 50 Proz. Aufbesserung verlangt, haben aber ihre Forderung auf 30 Proz. ermäßigt. Trotzdem erklärte die Firma, das Verlangen der Angestellten ablehnen zu müssen. Die Angestellten haben sich infolgedessen zur Einstellung ihrer Tätigkeit veranlaßt. Die Monteurs und Arbeiter der Werkstätte haben sich mit ihnen solidarisch erklärt.

Zentralverband der Handlungsgehilfen.

300 000 Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes.

Am Jahreschluss 1918 hatte der Fabrikarbeiterverband Deutschlands rund 287 000 Mitglieder; jetzt teilt der „Proletarier“, das Verbandsorgan, mit, daß diese Zahl sich bis Anfang Februar d. J. bereits auf über 300 000 erhöht hat. Vor Ausbruch des Krieges zählte der Verband rund 207 000 Mitglieder; daß diese Zahl heute auf 300 000 in die Höhe geschwollen ist, beweist, daß die Arbeiterchaft in ihrer Mehrheit sich um die Organisation schart und in derselben die beste Wahrnehmung ihrer Interessen erblickt.

Das Erstarken unserer Gewerkschaften sollte Spartakus und denjenigen Unabhängigen, die nicht müde werden, die Gewerkschaftsführer zu diskreditieren, zu denken geben.

Die Arbeiter und Handwerker der Staatsbetriebe

haben gleichfalls durch Vermittlung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter den zuständigen Behörden einen Antrag um Abschluß eines Tarifvertrages unterbreitet. Die Verhandlungen sollen nunmehr am Montag, den 24. Februar, im Reichsarbeitsamt unter Hinzuziehung der Organisation beginnen und möglichst zu Ende geführt werden.

In noch höherem Maße als bei den Arbeitern der städtischen Betriebe gilt für die außerordentlich schlecht entlohnerten Arbeiter der Staatsbetriebe das Wort „doppelt gibt, wer schnell gibt.“ Die Staatsarbeiter sind mit Recht mit der jetzigen Entlohnung unzufrieden und erwarten schleunige Abhilfe.

Wie sozialisieren wir?

Dieses Thema behandelte in einer außerordentlich stark besuchten Versammlung der Firma A. Stod u. Co., Spiraiböhrenfabrik, in Marienfelde Genosse W. Schmidt. Er wies in seiner Rede darauf hin, daß der Friede das erste Erfordernis ist, um Deutschland aus seinen wirtschaftlichen Kriegen zu retten, nicht Soldatenmord, sondern planvoller Aufbau des Sozialismus kann uns allein die Verwirklichung unserer politischen und wirtschaftlichen Forderungen bringen. Alle für die Sozialisierung reifen Betriebe müssen so schnell wie möglich in den Allgemeinbesitz übergeführt werden, so besonders der Bergbau, Großgrundbesitz usw. Für die übrigen Betriebe müßte für die Übergangszeit den Arbeitern durch die Arbeiterräte, die jetzt nicht mehr politische, sondern nur wirtschaftliche Aufgaben zu lösen hätten, ein Mitbestimmungs- und Verwaltungsdreieck garantiert werden. Der Vortrag fand starken Beifall. — Als Korreferent war der Kommunist Hedrich erschienen, der die bekannten Gründe des Spartakusbundes für die sofortige Sozialisierung und das Räteystem ins Feld führte. Natürlich ging es dabei auch nicht ohne die üblichen Verächtlichkeiten

der Mehrheitssozialisten ab. — Die Diskussion bewegte sich im Großen und Ganzen in sachlichen Bahnen. Als bemerkenswert kann noch berichtet werden, daß die Angriffe der Kommunisten gegen die Unabhängigen nicht weniger heftig waren als gegen die Mehrheitssozialisten.

Die Berliner Magistratsangestellten haben sich als „Wirtschaftliche Vereinigung der Angestellten des Magistrats Berlin, Branchenleitung im Verband der Bureauangestellten Deutschlands“, auf gewerkschaftlicher Grundlage zusammengeschlossen. In einer von etwa 400 Fernstudierenden besuchten Versammlung wurde der „Lehrer-Ausschuss“ der Hilfskräfte beauftragt, die Geschäfte der neuen wirtschaftlichen Vereinigung bis zur Vornahme der erforderlichen Wahlen im Winter nächsten mit dem Verband der Bureauangestellten zu führen. Mehr als 6000 Angestellte haben sich bereits als Mitglied zu dieser wirtschaftlichen Vereinigung gemeldet. Instruktionen sind an den 1. Vorsitzenden Dölling, Berlin C. 2, Spanbauer Str. 10, zu richten.

Kein Kohlenmangel und doch Massenentlassungen.

Der Obmann der Stod-Motorsflug A.-G., Berlin, Köpenicker Str. 48-49 berichtet folgendes: Am Sonnabend, den 8. 2. 1919 setzte die Betriebsleitung den Arbeiter-Ausschuss von der Kündigung sämtlicher Arbeiter, angeblich wegen Kohlenmangel, in Kenntnis. Am Montag verlangte der Ausschuss von der Betriebsleitung die Erklärung, daß sie, wenn Kohlen eintreffen, alle Kollegen so wieder einstellt, wie sie dieselben entlassen hat. Nach kurzer Beratung unter sich sagte der Direktor Dr. Serini: „Solche Erklärung kann ich nicht abgeben, ich las mich nicht binden.“ Der daraufhin angerufene Generaldirektor Justizrat Dr. Walschmidt sagte genau dasselbe. Der angerufene Schlichtungsausschuss soll am Donnerstag tagen. Nun wendete sich der Ausschuss an die Kohlenstelle und darauf an das Demobilisierungsamt. Letzteres, Ausschuss und Maschinenmeister prüften nun die Kohlenvorräte der Firma und stellten circa 155 Tonnen Kohlen fest. Diese, mit vorhandenen Koks gemischt, reichen bis Ende März. Da nun noch Aufträge zu erfüllen sind, Material und Kohlen, auch andere Aufträge genügend da sind, nahm die Versammlung folgende Resolution einstimmig an: „Die Arbeiter lehnen angesichts dieser Verhältnisse die Kündigung ab, beschließen über die Höhe der Betriebsleitung hinweg, ungeachtet der Kündigung, weiterzuarbeiten und beauftragen den Ausschuss, alles zur Beschaffung von Kohlen zu unternehmen, da wir ja arbeiten sollen und wollen.“

Parteinachrichten.

Erbauliches aus Bremen.

Die „Bremser Volkszeitung“ enthält folgendes recht „liebliche“ Geschichtchen über den Abgeordneten Henke, das wir kommentarlos wiedergeben:

Herr Alfred Henke setzt sich auf Grund des ungeschriebenen Rechtes der Revolution in den „juridischen“ Redaktionsrat der „Bremser Bürgerzeitung“, bewilligt sich auf Grund desselben Rechtes 600 M. Gehalt für den Monat, hebt dieses Gehalt ab am 1. Januar für den Monat Januar, am 15. Januar für drei Monate im voraus, am 1. Februar für den Monat Februar, nimmt also für einen Monat Arbeit für fünf Monate Gehalt, und verschwindet rechtzeitig in die rettende Nationalversammlung, als die Verhandlungen mit der anrückenden Weissen Garde zu scheitern drohten, gegen dem Ausspruch: „Die geistigen Führer müssen der Bewegung erhalten bleiben.“

Verantwortlich für Politik: Walter Müller, Charlottenburg. Für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Henke, Neu-Oranienstr. 10. Anzeigen: Rudolf Bode, Berlin, Verlag „Vormärz“-Verlag G. m. b. H., Berlin, Franz Buchholtz-Publikaat und Verlagsanstalt Hans Sinner & Co. in Berlin, Unter den Eichen 1. 2. Auflage.

Der Streik ist beendet

durch Einigungsverhandlungen mit den Angestellten- und Arbeiter-Verbänden vor dem Schlichtungs-Ausschuß.

Die Geschäfte sind wieder geöffnet.

Arbeitgeber-Verband im Einzelhandel Groß-Berlin.

Preiswerte Herren-Geh-Pelze
Sport- und Fahr-Pelze
solchhaltig am Lager

Herren-Kleidung
Herren-Anzüge verschied. Farben, mod. Form 295.00 250.00 195.00
Herren-Anzüge a. braun u. grün gemust. Stoffen, Rückergürtel, Sportform, aufgesetzte Taschen 385.00
Jünglings-Anzüge, dunkelgrau, Gr. 38-43 durchweg 165.00
Herren-Frühjahrs-Ülster hellgrau, aufgesetzte Taschen 285.00
Jünglings-Ülster verschied. Farb., Gr. 38-43 durchweg 185.00 135.00
Herren-Beinkleider gestreift und dunkel gemust. 95.00 88.00 68.00
Wenden und Umländern von Herrngarderobe

A. WERTHEIM

Herrenhüte · Wäsche · Krawatten

Herrenhüte weich, vor. sch. Farb., v. 28⁵⁰ an
Velourhüte verschiedene Farben. 64⁰⁰
Herrenhüte steif, schwarz... von 13⁵⁰ an
Schülermützen in allen Farben... 14⁵⁰

Oberhemden · Kragen Manschetten
Weiße u. farbige Vorhemden Krawatten
Schlafanzüge · Spazierstöcke in großer Auswahl

Einzig Konfirmantenanzüge
farbige Jacketanzüge Sportanzüge, Mäntel in großer Auswahl

Knaben-Kleidung
Kittelanzug aus kariertem Baruchant, für ungefähr 2 Jahre... 18.75
jede weitere Größe 1 M. mehr
Prinzenkittel aus blauem Stoff, weiß besetzt, für ungefähr 2 Jahre, jede weitere Größe 1 M. mehr 25.00
EinKnöpfanzug aus blauem Stoff mit Matrosenkragen u. Schlicke, Stoffatz mit eleganter Stickerei für ungefähr 3 Jahre... 39.00
jede weit. Gr. 1.50 mehr, ab 9 J. 2 M. mehr
Schlupfanzug aus blauem Stoff offene Form, mit Ueerkragen und Krawatte, Latz mit eleganter Stickerei für ungefähr 3 Jahre, jede weit. Gr. 1.50 mehr, ab 9 J. 2 M. mehr
Kurzer Mantel aus blauem Stoff mit Armschickerei, warm gefüttert für ungefähr 2 Jahre... 54.50
jede weitere Größe 1.50 mehr

Preiswerte Lederwaren

Geldtaschen Leder, für Damen und Herren... 3⁵⁰ 4⁵⁰ 7⁷⁵ 9⁷⁵ 15⁵⁰ 19⁵⁰
Damen-Handtaschen in verschiedenen Formen und Lederarten.
Brief- und Banknotentaschen Leder, in verschiedenen Ausführungen.
Reisetaschen Rindleder, mit Bügel in verschiedenen Größen u. Formen.

Groß-Berlin

Am Sonntag wird gewählt.

Sozialdemokratische Kandidatenlisten für die Gemeindevahlen am Sonntag.

Table with 3 columns: Ort (Location), Liste (List), and Name (Name). Lists candidates for various districts like Charlottenburg, Neukölln, etc.

Ohne Hausagrarier geht's wohl nicht

bei den bürgerlichen Parteien, die für die Gemeindevahlen am die Stimm der Wähler werden. In Berlin haben, wie im 'Vorwärts' bereits hervorgehoben wurde, die Kommunal-Demokraten' der deutschdemokratischen Partei zwei der schlimmsten Hausagrarierführer auf ihre Kandidatenliste gesetzt, die Herren Labendoff und Bissling.

Lebensmittelfandal in Wilmerdorf.

Der A. und S.-Kart gibt bekannt: Seit einiger Zeit ist dem Arbeiter- und Soldatenrat von Berlin-Wilmerdorf ein überaus umfangreiches Material über grobe Verfehlungen und Mißstände im Lebensmittelamt zugegangen.

für Suspensionierung der betreffenden Beamten Sorge zu tragen. Da auf diesem Wege ein positiver Erfolg nicht zu erzielen war, sieht sich der A. und S.-Kart veranlaßt, das Material der Öffentlichkeit zu übergeben.

1. Von einem Posten Graupen, die für die gesamte Bevölkerung bestimmt waren, sind am 9. September 1918 nicht weniger als 120 Zentner durch einen Hilfsarbeiter auf dem Wege des Schleichhandels verschoben worden.

2. Ein zweiter Posten soll nach den Vorkaufsbeinen durch einen anderen Beamten an eine hiesige Firma abgegeben sein. Tatsächlich aber rührt die gestempelte Unterschrift über die Empfangnahme der Waren nicht von der Firma her.

3. Im August 1918 ist die für August bis Oktober überweisene Marmelade und Konfitüre in Höhe von 100 Zentnern als angeliefert verbrochen durch einen Hilfsarbeiter an Konditionen im Schleichhandel verkauft worden.

4. Trotz der erheblichen Mengen an Nahrungsmitteln, die Wilmerdorf von der staatlichen Verleihungsstelle bezieht, werden eine große Zahl von Kranken, entgegen ärztlicher Verordnungen, Abzüge gemacht, und demselben jedes Quantum verweigert.

5. Erdbeeren sind die Verluste im Lebensmittelamt. Binnen vier Monaten sind u. a. nicht weniger als 185 Zentner Gerstenvorbrühe, 85 Zentner Grieß, 54 Zentner Weizen, 400 Tafeln Schokolade, 18.000 Gekochte Zwiebeln verschwunden.

6. Bemerkenswert sind die Einfäufe, wie z. B. die Stärke, die unter dem vielversprechenden Namen 'Jenseitiger' in die Stadt eingeführt wurde.

Der A. und S.-Kart unterbreitet für die erste die charakteristischen Tatsachen dem Rat der Öffentlichkeit, und wird keineswegs auf anderen, geeigneten erhellenden Wegen zu der Klärung und deren Befreiung Stellung nehmen.

Betriebs-Arbeitererräte!

Betriebs-Arbeitererräte, die auf dem Boden der S. P. D. stehen, werden gebeten, am Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, im Sitzungssaal des Herrenhauses zu erscheinen.

Die 20 Marx-Stadtflächenscheine der Stadt Berlin werden bis zum 28. Februar einschließlich aus dem Verkehr gezogen; sie verfallen mit dem 1. März d. J. ihre Gültigkeit und werden an den

Rassen eingekauft, die im Anzeigenteil unserer Zeitung bekanntgegeben werden. Nur echte Scheine werden angenommen.

Die neue vorläufige Dienstschrift für die Schutzmannschaft wird in ihren Kreisen lebhaft kritisiert, weil sie nur geringe Änderungen gegen den früheren Zustand bringt.

Die Leiche Rosa Luxemburgs glaubte man am Mittwoch im Sandwäldchen an der Köderbrücke, trocken zu sehen, stellte aber nach Bergung der Leiche fest, daß man sich getäuscht hatte.

Früherer Verkehrsfluß auf der Hoch- und Untergrundbahn.

Am Freitag, den 21., müssen die letztenzüge etwa eine Stunde früher als bisher abgefahren werden, beispielsweise vom Bahnhof Friedrichstraße 11.21 Uhr nach Wilmerdorf und 11.26 Uhr nach Charlottenburg.

Eine Versammlung von Offizieren der Großbetriebe, die in der Arbeiterbildungsschule, Schillerstraße, tagte, protestierte einstimmig gegen unwürdige Behandlung der politischen Gefangenen in den Berliner Gefängnissen.

Nord in der Hedemannstraße.

Ermordet wurde Mittwoch vormittag die 89 Jahre alte Frau Schwandt, die in der Hedemannstr. 4 im zweiten Stock vier Zimmer und Küche innehatte.

Nach vor 11 Uhr vormittag hörte ein Mieter, der unter ihrer Wohnung in seinem Korridor sah, oben Lärm und heftiges Aufstöhnen mit Geschrei, das auf einen heftigen Kampf schließen ließ.

Bei der Ermordeten wohnte in den letzten Tagen ein bisher nicht wieder ersehener Unteroffizier Rudolph. Es sieht noch nicht fest, ob etwas geraubt worden ist. Der Täter mag durch das Einschreiten des Untermieters an der Ausführung seiner Raubabsicht verhindert worden sein.

Parteilichkeits Juristen, Rechtsanwälte wie beantragte, treffen sich Sonnabend, 7 Uhr abends, im Jugendheim, Lindenstr. 8, 2. Hof, 3 Treppen, zur Besprechung über einen organisatorischen Zusammenschluß.

Schachspieler. Der freie Schachverkehr in Neukölln befindet sich jetzt Donnerstag 16 bei Mügg. Samstags von 10 Uhr an. Unterricht wird an jedem Samstag erteilt.

Sozialismus und Volkswirtschaft. Heute, Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, spricht über obiges Thema der 'Vormärz'-Redakteur E. W. in Park im Restaurant Kallertollen (Süggarten), Oranienstr. 147. Danach spricht Schriftsteller Erich Köhler über: 'Das wahre Gesicht des Volkswirtschafts'. Herr Köhler hat in Ullrich dem Volkswirtschaftler in

Stine Menschenkind. Von Martin Andersen Nexé. Da wurde das gute Essen für Stine in ein ockerfarbtes Röschchen aus rot und weißem Stroh gepackt, und sie bekam einen Florentinerhut auf den Kopf und eine große rote Schleife auf die Brust.

„Die hat dir dann der Traum-Stubold, der dich ins Märchenland führte, in den Schoß gelegt, damit unferns auch etwas mitbekommen sollte.“ sagte die Alte endlich.

Und bei dieser Erklärung beruhigten sie sich.

10. Stine bekommt einen Vater.

Als Waren eines Morgens aufstand, waren ihre Mieter fort; sie waren in der Nacht ausgezogen. Der Teufel war hier und hat sie geholt.“ sagte sie ausgeräumt.

Sie bestete einen Bettel aus Strigehaus und wartete auf neue Mieter, aber es meldete sich niemand. Die alten Mieter hatten das Gerücht verbreitet, es spuke in dem Hause.

Ja, mit den Kräften ging es bergab, das Schwermögen verlagte fast ganz, und die Beine wollten sie nicht tragen. Sie schwann und strickte für die Leute und nahm das Betteln wieder auf; Stine mußte sie die weiten Wege von Hof zu Hof führen.

Dann weinten sie zusammen, aus Kummer und über das Elend der Welt und aus Freude, daß sie einander wiedergefunden hatten.

Ein Ende landeinwärts wohnte ein Bäcker; bei ihm durften sie jede Woche ein Weizenbrot holen. Wenn Waren zu Bett lag, schickte sie das Kind hin. Stine war hungrig, und die Verlockung war sehr groß.

„Bitte schön, Großchen, hier ist das Weizenbrot.“ sagte sie und warf das Brot rosch auf den Tisch. „Danke, mein Kind, ist es frisch?“

Das Armenhaus war für die beiden das Schlimmste, das sie kannten; es stand also böse Drohung hinter ihrem ganzen Dasein. Und wenn Waren so weit war, dann kam Stine aus ihrem Bett hervor und weinte und bat um Verzeihung.

„Ach ja, das Leben ist schwer.“ sagte dann die alte Waren. „Gätest du wenigstens einen Vater gehabt — einen, an dem etwas dran war. Dann hättest du wohl die Siebe gefriert, die der Mensch nicht ertragen kann, und unferns hättest vielleicht zu Hause bei euch gegessen, statt dich das tägliche Brot zu erbetteln!“

Gerade als Waren das gesagt hatte, machte ein Leiterwagen mit einer alten Schwermögenen Wäbner davor dranhin auf dem Wege halt. Ein großer Mann mit gekrümmter Haltung und zerzaustem Haar und Bart sprang vom Wagen herab, warf die Bügel über den Rücken des Gauls und kam auf das Haus zu. Er sah aus wie ein Röhler.

(Fortf. folgt.)

Opernhaus
Der Barbier v. Sevilla.
Anfang 7 Uhr.

Schauspielhaus
Peer Gynt.
Anfang 7 Uhr.

Volkshöhle
Theater am Bölowplatz.
Direktion Friedrich Kayßer.
7 1/2 Uhr: Luther.

Deutsches Theater
7 Uhr: Und das Licht
scheitert in der Finsternis.
Freitag 7 Uhr: Dantons Tod.

Kammerspiele
8 Uhr: Ein Geschlecht.
Freitag 7 Uhr: Rosmersholm.
Kleines Schauspielhaus
Fasanenstr. 1, Port 5.

Königgrätzerstraße
Dir.: C. Weinhard - R. Bernauer
8 Uhr: Musik.
Freitag: Totentanz.
Sonntag: Wildente.

Komödienhaus
an der Marschallbrücke
1/2 Uhr: Tänzende Nymphen.
Freitag: Erdgeist.
Sonntag: Fünf Frankfurter.

Berliner Theater
7 1/2 Uhr: Sterne,
die wieder leuchten.

Residenz-Theater
Untergrund, Klosterstraße.
Ausgang Stralauer Straße.
Täglich 7 1/2 Uhr.

Das höhere Leben
Von Hermann Sudermann.
Spielleitung: Alfred Rötter.
Hans Arnsdott, Karl Giewing,
Eugen Burg, Olga Limburg,
J. Falkenstein, Emma Dehner,
Rosa Valzetti, Paul Bildt.

Theater der Friedrichstraße
8 1/2 Uhr: u. Bräutigam.
Freitag: Die drei tollsten Tage.
Täglich 7 1/2 Uhr.

Trianon-Theater
Bhl. Friedrichstr. 21. 1927. 28-1
Tägl. 7 1/2 Uhr. Heute 2. 138. Male:
Der gute Ruf

Casino-Theater
Catharin. Str. 57. Tägl. 7 1/2 Uhr:
Der Schloß der Spinnerei.
Das neue Berliner Kollektiv

Vater Knolle
Das erfolgreichste Gesellschafts-
spiel. Tägl. 7 1/2 Uhr.
Die weiße Dame

Luisen-Theater
7 1/2 Uhr: Der Strom.
3 Uhr: Doraröschen
7 Uhr: Schwester Carmen.

Fledermans
Unter d. Linden 14
8 Uhr: Tanz-Tee
7 Uhr abends
Große Programm

Admirals-Palast
Täglich 7 1/2 Uhr,
Sonntags 4 und 7 Uhr:
Die Novität
Tanz-Revue
Großes Divertissement.
Außerdem:
Prinzessin v. Fragrant
Wer ist die Schöne?

Admirals-Kino
Die Dame, der Teufel
u. die Probenmensch
mit
Henny Porten

METROPOL
Kabarett
Behrenstraße 54
Dir.: Alex Braune

Hans Tischler
Albe Holk
Nana u. Fernand
Lantiga 7 -
Dagson

Elli Gläßner
Otto Röhr
Robert Steidl

Kurzes Gastspiel der
Alexandra
Milowanowa

Sc. Luß-Tanz.

Lesing-Theater
Direktion: Victor Barnowsky
7 Uhr: Der Blaufuchs.
Freitag: Peer Gynt.
Sonntag: Der Blaufuchs.

**Deutsches Künstler-
Theater**
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Nachtbesuchung.

Walhalla-Theater
7 1/2 Uhr:
August der Starke.

Rose-Theater
7 1/2 Uhr: Der Mann ohne
Vergangenheit.
Gastsp. d. Friedr.-Wilh. Theat.

APOLLO
Theater
Friedrichstraße 218
Dir.: James Klein
Allabendl. 7 1/2 u. 9 1/2
Die

**Abdankung
des
Maharadscha**
Große Varieté-Aus-
stattungs-Schau.
Prämiell. Auftreten!
4. berühmte dänische
Filmschauspieler

Viggo Larsen
Lucie Blättner
als Lieblingstanz.
H. Horst. Fr. Rauch
10 Pyramiden-Tänze.
Barys-Ballettgruppe.
Chinesische Tänzer.
Sonntags 7 1/2 u. 9 1/2
Erwachs. 1 Kind frei!
Theaterk. ununterbr.
geöffnet.

Winter-Garten
Täglich 7 1/2 Uhr:
Varieté-Spielplan
Rauchen gestattet!

Intimes Theater
am Nollendorfplatz.
Bühnenstr. & Lützow 230/3.
Das neue
Februar-Programm.
Gastspiel Salzer
Erstklassige
Spezialitäten.

Busch
Tägl. 7 1/2, Sonnt. 7 1/2 u. 9 1/2
Willy, d. süßende
Marifabs allerbeste
Kakades und Pappagen.
Marie Blank, Fingenspiel
sowie die 8. Nummern.
Zum
Schluß: „Oberon“
Phant. Pantom. in 3 Akten

Reichshall-Theater
Abends 7 1/2 Uhr und
Sonnt. 7 Uhr:
Stettiner
Sänger
Str. 10/11/12

**Admirals-
Palast**
Alles,
was tanzt,
tanzt
am 22. Februar
auf dem
Ballett-Ball

zugunsten d. Unter-
stützungsfonds des
Ballett-Personals.
Ballbureau
im Admirals-Palast
Zentrum 10688.

**Braune's
Diele**
Alexanderstraße 55
Künstl. Leit. C. Heinzius
Mary Walter
Littge Carlsson
Greis Bing
Adolf Veigt
Horwitz u. Spiro
Tony u. Schica
Robert Steinel.

Im Kasino!
Allabendlich: Tanz.

Mus
von Witten, mit Beibehaltung
Reinertum! 1. 1927. 55. Pl.
verkauft durch Komische u.
Schauspieler g. g. g.

Theater für Donnerstag, den 20. Februar.
Central-Theater
7 1/2 Uhr: Die Rose von Stambul.

Metropol-Theater
7 Uhr 10: Die Fäselingstee.
Sonnt. 3 Uhr: Wiener Blut.

Deutsches Opernhaus
7 Uhr: Cavalieria rusticana.
Hierauf: Das böllische Gold.
Friedr.-Wilhelmst. Th.
7 1/2 Uhr: Hansert.
Das Dreimäderlhaus
2. Teil.

Kleines Theater
1/2 Uhr: Salto mortale.

Komische Oper
7 1/2 Uhr: Schwarzwaldmädel.
Stg. 9 1/2: Schwarzwaldmädel.
Lustspielhaus
7 1/2 Uhr: Die spanische Fliege.

Palast-Theater
Heute geschlossen.
Sonntag 3 Uhr: Christus.

NATIONAL-THEATER
Copenicker Str. 68. Tägl. 7 1/2
5 Min. Jannowitzbr.
Sonder-
vergütung
bis 22. Februar
für 1-4 Pers.

Orchester-Sessel statt 3 M. Drech. statt 2.00 einacht.
Prinzenliebe Operette in 3 Akten
v. Walter Bromme

Theater am Nollendorfplatz
Freitag, den 21. Februar 1919, abends 7 Uhr:
Zum 1. Male! 12ND

Wo die Lerche singt
Operette in 3 Akten v. Willner und Reichert.
Musik von Franz Lehár.
Grete Freund Agni Wilke
Eduard Lichtenstein
Richard Senius Victor Danger

Theater in den „Sophiensälen“
Capistranstr. 17/18.
Freitag, den 20. Februar, abends 7 Uhr:
Volksvorstellung bei kleinen Preisen.
Einmalige Aufführung:
Der Pfarrer von Kirchfeld.
Vollständ. mit Gesang in 4 Akten von Hugo von Hofmannsthal.
Vorgestellt durch erste Schauspieler der Gesellschaft
deutscher Bühnensänger. Verdit: 1, 2 u. 3 M.
Vorverl. Sophiensäle u. Theaterkass. Zieg. Kiepenbröck.

**Unterhaltungs-Restaurant
Wien-Berlin**
Jägerstr. 63 a.
Harry Schubert - Carl Carstens
Ernst Waiter - Elisabeth Mann
Georg Neumüller - Walter Bobby
Kapelle Gustav Gottschalk

Gefang-Humor-Stimmung
Coco Käthe - Gutgeplagte Weiss
Anfang 6 Uhr Eintritt frei.

**Die persönliche Schuld
Wilhelms II.**
Ein zeitgemäßer Rückblick.
Preis 1,20 Mark (Porto extra).
Jeder Deutsche
sollte dieses Büchlein lesen!
Man bestelle sofort bei:
A. Kraus, Berlin NO 55,
Lippewer Straße 8.

**Wir kaufen u. verkaufen
Staats- u. Stadt-Anleihen,
In- u. ausländische Renten,
Amerikanische Bonds,
Industrie-Aktien.**
Japan - Auszahlung über Henschel
Japan, China, Argentinien u. Amerikaner.
Eugen Bah & Co., Bankgeschäft, Berlin W. O.
Taubenstraße 40.

Skandinavien
Alexander-
platz
Paul Coradini
und das
Riesen-Programm.
Tanz-Palast
Winzerlauben.
Täglich großer Ball.
Ball-Orchester:
Helix Schmidt.

Dr. Sieghart
Goldschmidt



**MARMOR-
HAUS**

2 Uraufführungen
HARRY
Hans Mierendorf
17. Abenteuer

Diskretion
Außerdem:
Lucas, Kapitel 15
Der verlorene Sohn

ZELNIK
5, 645, 830

**Haut-, Blasen-,
Frauenleiden**
Behandlung nach d. neuest.
o. Quecksilber, o. Einpritz, o.
blut, Urinuntersuchungen) ohne
Berufsstörung.
Aufkl. Brosch. No. X disk. versch. M. 1.30 (Nachn.).
Spezialarzt Dr. med. Hollaender,
BERLIN W 8, Leipziger Str. 105. Fernsp. Zentr. 9371.
Täglich 11-1, 5-7, Sonntags 11-1. 1311 *

Syphilis
Behandlung nach d. neuest.
wissenschaftlich. Methoden.
ohne Berufsstörung.
Spezialarzt Dr. med. Hollaender,
BERLIN W 8, Leipziger Str. 105. Fernsp. Zentr. 9371.
Täglich 11-1, 5-7, Sonntags 11-1. 1311 *

GESCHLECHTSKRANKHEITEN
von Univ.-Prof. Dr. Nesthoffs - Preis geb. 3 Mark
Das ausführlichste und vollständigste
Buch über alle einschlägigen Fragen
Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder direkt von
MAX HESSES VERLAG, BERLIN W 15, Lindenburger Str. 38

**Besonders vorteilhaftes
Möbel-Angebot!**

Speisezimmer
bestehend aus:
1 Buffet
1 Kredenz
1 Anrichtentisch
6 Stühlen
zusammen M. 2850

Herrenzimmer
bestehend aus:
1 Bibliothek
1 Schreibtisch
1 runden Tisch
1 Schreibstempel
2 Stühlen
zusammen M. 2450

Schlafzimmer
bestehend aus:
1 Schrank mit Spiegel, Eiche
1 Waschtisch mit Spiegel und Marmor
2 Nachtschränken mit Marmor
2 Bettstellen
2 Patentböden
2 steiligen Auflegematten mit Keilkissen
2 Stühlen
1 Handtuchhalter
zusammen M. 1875

Ständig große Ausstellung
von ca. 300
Herrenzimmern, Speisezimmern, Schlafzimmern,
Wohnsalons, Wohnzimmern, Küchen, Dielen etc.
Leder-Möbel - Gabeln-Sets und Sessel.
Korrespondenz-schöne, gediegene Ausführungen
u. einfacher, mittlerer und elegantester Art.
Teppiche / Kronen / Kristall / Porzellan.
Lombard-Bankgeschäft mit Lagerversicherung
M. Schlewinsky & Co.
Berlin C, Dircksenstr. 31
am Bahnhof Alexanderpl., Ecke Königgraben.

Stoffe
Herren-Anzüge
Damen-Kostüme
Tuch-Lager
Koch & Seeland G.m.b.H.
Gortzaustraße 30/31.
Verkaufszeit von 9-2 Uhr.

gebamme
Verkaufswürdige
Kuchent.
Pommes, 15. Preis, 1700 *

Gute Bücher für den Ehestand.
In mehr als 100 000 Familien verbreitet.

Der Mensch
Beben, Geln und Bergeln. Von E. K. K. K.
Mit 4 farbigen Tafeln und 276 Illustrationen.
Preis gebunden 7.50 M., gebunden 10 M.

Mann und Weib
Eine Selbstdarstellung ihrer psychologischen, sittlichen
und kulturhistor. Beziehungen von Dr. E. K. K.
Preis gebunden 8 M., gebunden 8 M.

Das Geschlechtsleben des Weibes
von Frau Dr. Anna Fischer-Dänkelmann.
20. Auflage mit vielen Illustrationen und einem ge-
legbaren Modell des Frauenkörpers. Für die junge Frau,
die Mutter unentbehrlich, für jed. Gatten begebrenswert.
Preis gebunden 5 M., gebunden 6.50 M.

Die aufgeklärte Frau
von Frau Dr. Anna Fischer-Dänkelmann.
Das Weib, das je über
und für die Frau erlichten M. Mit vielen Illustrationen
von der Frau aus allen Lebenslagen.
Preis gebunden 5 M., gebunden 6.50 M.

**Der über sich, die gute Erfüllung haben will, der
jede diese vorzüglichen Bücher, Männer u. Frauen der
Weltkenntnis geben hier ihr Weib an Lebenserführung.
Die Bücher sind einzeln oder zusammen zu beziehen durch
Dogler & Co., Berlin W 9, Köthenerstr. 27. Abl. 9.**

Polnisch

Frankreich, Italien, Österreich, Spanien, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, Rumänien, Serbien, Kroatien, Bosnien, Albanien, Griechenland, Türkei, Bulgarien, Jugoslawien, Tschechien, Slowakei, Österreich, Schweiz, Deutschland, Frankreich, England, Irland, Schottland, Wales, Nordirland, Island, Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, Rumänien, Serbien, Kroatien, Bosnien, Albanien, Griechenland, Türkei, Bulgarien, Jugoslawien, Tschechien, Slowakei, Österreich, Schweiz, Deutschland, Frankreich, England, Irland, Schottland, Wales, Nordirland, Island, Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, Rumänien, Serbien, Kroatien, Bosnien, Albanien, Griechenland, Türkei, Bulgarien, Jugoslawien, Tschechien, Slowakei, Österreich, Schweiz, Deutschland, Frankreich, England, Irland, Schottland, Wales, Nordirland, Island, Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, Rumänien, Serbien, Kroatien, Bosnien, Albanien, Griechenland, Türkei, Bulgarien, Jugoslawien, Tschechien, Slowakei, Österreich, Schweiz, Deutschland, Frankreich, England, Irland, Schottland, Wales, Nordirland, Island, Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, Rumänien, Serbien, Kroatien, Bosnien, Albanien, Griechenland, Türkei, Bulgarien, Jugoslawien, Tschechien, Slowakei, Österreich, Schweiz, Deutschland, Frankreich, England, Irland, Schottland, Wales, Nordirland, Island, Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, Rumänien, Serbien, Kroatien, Bosnien, Albanien, Griechenland, Türkei, Bulgarien, Jugoslawien, Tschechien, Slowakei, Österreich, Schweiz, Deutschland, Frankreich, England, Irland, Schottland, Wales, Nordirland, Island, Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, Rumänien, Serbien, Kroatien, Bosnien, Albanien, Griechenland, Türkei, Bulgarien, Jugoslawien, Tschechien, Slowakei, Österreich, Schweiz, Deutschland, Frankreich, England, Irland, Schottland, Wales, Nordirland, Island, Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, Rumänien, Serbien, Kroatien, Bosnien, Albanien, Griechenland, Türkei, Bulgarien, Jugoslawien, Tschechien, Slowakei, Österreich, Schweiz, Deutschland, Frankreich, England, Irland, Schottland, Wales, Nordirland, Island, Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, Rumänien, Serbien, Kroatien, Bosnien, Albanien, Griechenland, Türkei, Bulgarien, Jugoslawien, Tschechien, Slowakei, Österreich, Schweiz, Deutschland, Frankreich, England, Irland, Schottland, Wales, Nordirland, Island, Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, Rumänien, Serbien, Kroatien, Bosnien, Albanien, Griechenland, Türkei, Bulgarien, Jugoslawien, Tschechien, Slowakei, Österreich, Schweiz, Deutschland, Frankreich, England, Irland, Schottland, Wales, Nordirland, Island, Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, Rumänien, Serbien, Kroatien, Bosnien, Albanien, Griechenland, Türkei, Bulgarien, Jugoslawien, Tschechien, Slowakei, Österreich, Schweiz, Deutschland, Frankreich, England, Irland, Schottland, Wales, Nordirland, Island, Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, Rumänien, Serbien, Kroatien, Bosnien, Albanien, Griechenland, Türkei, Bulgarien, Jugoslawien, Tschechien, Slowakei, Österreich, Schweiz, Deutschland, Frankreich, England, Irland, Schottland, Wales, Nordirland, Island, Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, Rumänien, Serbien, Kroatien, Bosnien, Albanien, Griechenland, Türkei, Bulgarien, Jugoslawien, Tschechien, Slowakei, Österreich, Schweiz, Deutschland, Frankreich, England, Irland, Schottland, Wales, Nordirland, Island, Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, Rumänien, Serbien, Kroatien, Bosnien, Albanien, Griechenland, Türkei, Bulgarien, Jugoslawien, Tschechien, Slowakei, Österreich, Schweiz, Deutschland, Frankreich, England, Irland, Schottland, Wales, Nordirland, Island, Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, Rumänien, Serbien, Kroatien, Bosnien, Albanien, Griechenland, Türkei, Bulgarien, Jugoslawien, Tschechien, Slowakei, Österreich, Schweiz, Deutschland, Frankreich, England, Irland, Schottland, Wales, Nordirland, Island, Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, Rumänien, Serbien, Kroatien, Bosnien, Albanien, Griechenland, Türkei, Bulgarien, Jugoslawien, Tschechien, Slowakei, Österreich, Schweiz, Deutschland, Frankreich, England, Irland, Schottland, Wales, Nordirland, Island, Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, Rumänien, Serbien, Kroatien, Bosnien, Albanien, Griechenland, Türkei, Bulgarien, Jugoslawien, Tschechien, Slowakei, Österreich, Schweiz, Deutschland, Frankreich, England, Irland, Schottland, Wales, Nordirland, Island, Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, Rumänien, Serbien, Kroatien, Bosnien, Albanien, Griechenland, Türkei, Bulgarien, Jugoslawien, Tschechien, Slowakei, Österreich, Schweiz, Deutschland, Frankreich, England, Irland, Schottland, Wales, Nordirland, Island, Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, Rumänien, Serbien, Kroatien, Bosnien, Albanien, Griechenland, Türkei, Bulgarien, Jugoslawien, Tschechien, Slowakei, Österreich, Schweiz, Deutschland, Frankreich, England, Irland, Schottland, Wales, Nordirland, Island, Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, Rumänien, Serbien, Kroatien, Bosnien, Albanien, Griechenland, Türkei, Bulgarien, Jugoslawien, Tschechien, Slowakei, Österreich, Schweiz, Deutschland, Frankreich, England, Irland, Schottland, Wales, Nordirland, Island, Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, Rumänien, Serbien, Kroatien, Bosnien, Albanien, Griechenland, Türkei, Bulgarien, Jugoslawien, Tschechien, Slowakei, Österreich, Schweiz, Deutschland, Frankreich, England, Irland, Schottland, Wales, Nordirland, Island, Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, Rumänien, Serbien, Kroatien, Bosnien, Albanien, Griechenland, Türkei, Bulgarien, Jugoslawien, Tschechien, Slowakei, Österreich, Schweiz, Deutschland, Frankreich, England, Irland, Schottland, Wales, Nordirland, Island, Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, Rumänien, Serbien, Kroatien, Bosnien, Albanien, Griechenland, Türkei, Bulgarien, Jugoslawien, Tschechien, Slowakei, Österreich, Schweiz, Deutschland, Frankreich, England, Irland, Schottland, Wales, Nordirland, Island, Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, Rumänien, Serbien, Kroatien, Bosnien, Albanien, Griechenland, Türkei, Bulgarien, Jugoslawien, Tschechien, Slowakei, Österreich, Schweiz, Deutschland, Frankreich, England, Irland, Schottland, Wales, Nordirland, Island, Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, Rumänien, Serbien, Kroatien, Bosnien, Albanien, Griechenland, Türkei, Bulgarien, Jugoslawien, Tschechien, Slowakei, Österreich, Schweiz, Deutschland, Frankreich, England, Irland, Schottland, Wales, Nordirland, Island, Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, Rumänien, Serbien, Kroatien, Bosnien, Albanien, Griechenland, Türkei, Bulgarien, Jugoslawien, Tschechien, Slowakei, Österreich, Schweiz, Deutschland, Frankreich, England, Irland, Schottland, Wales, Nordirland, Island, Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, Rumänien, Serbien, Kroatien, Bosnien, Albanien, Griechenland, Türkei, Bulgarien, Jugoslawien, Tschechien, Slowakei, Österreich, Schweiz, Deutschland, Frankreich, England, Irland, Schottland, Wales, Nordirland, Island, Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, Rumänien, Serbien, Kroatien, Bosnien, Albanien, Griechenland, Türkei, Bulgarien, Jugoslawien, Tschechien, Slowakei, Österreich, Schweiz, Deutschland, Frankreich, England, Irland, Schottland, Wales, Nordirland, Island, Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, Rumänien, Serbien, Kroatien, Bosnien, Albanien, Griechenland, Türkei, Bulgarien, Jugoslawien, Tschechien, Slowakei, Österreich, Schweiz, Deutschland, Frankreich, England, Irland, Schottland, Wales, Nordirland, Island, Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, Rumänien, Serbien, Kroatien, Bosnien, Albanien, Griechenland, Türkei, Bulgarien, Jugoslawien, Tschechien, Slowakei, Österreich, Schweiz, Deutschland, Frankreich, England, Irland, Schottland, Wales, Nordirland, Island, Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, Rumänien, Serbien, Kroatien, Bosnien, Albanien, Griechenland, Türkei, Bulgarien, Jugoslawien, Tschechien, Slowakei, Österreich, Schweiz, Deutschland, Frankreich, England, Irland, Schottland, Wales, Nordirland, Island, Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, Rumänien, Serbien, Kroatien, Bosnien, Albanien, Griechenland, Türkei, Bulgarien, Jugoslawien, Tschechien, Slowakei, Österreich, Schweiz, Deutschland, Frankreich, England, Irland, Schottland, Wales, Nordirland, Island, Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, Rumänien, Serbien, Kroatien, Bosnien, Albanien, Griechenland, Türkei, Bulgarien, Jugoslawien, Tschechien, Slowakei, Österreich, Schweiz, Deutschland, Frankreich, England, Irland, Schottland, Wales, Nordirland, Island, Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, Rumänien, Serbien, Kroatien, Bosnien, Albanien, Griechenland, Türkei, Bulgarien, Jugoslawien, Tschechien, Slowakei, Österreich, Schweiz, Deutschland, Frankreich, England, Irland, Schottland, Wales, Nordirland, Island, Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, Rumänien, Serbien, Kroatien, Bosnien, Albanien, Griechenland, Türkei, Bulgarien, Jugoslawien, Tschechien, Slowakei, Österreich, Schweiz, Deutschland, Frankreich, England, Irland, Schottland, Wales, Nordirland, Island, Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, Rumänien, Serbien, Kroatien, Bosnien, Albanien, Griechenland, Türkei, Bulgarien, Jugoslawien, Tschechien, Slowakei, Österreich, Schweiz, Deutschland, Frankreich, England, Irland, Schottland, Wales, Nordirland, Island, Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, Rumänien, Serbien, Kroatien, Bosnien, Albanien, Griechenland, Türkei, Bulgarien, Jugoslawien, Tschechien, Slowakei, Österreich, Schweiz, Deutschland, Frankreich, England, Irland, Schottland, Wales, Nordirland, Island, Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, Rumänien, Serbien, Kroatien, Bosnien, Albanien, Griechenland, Türkei, Bulgarien, Jugoslawien, Tschechien, Slowakei, Österreich, Schweiz, Deutschland, Frankreich, England, Irland, Schottland, Wales, Nordirland, Island, Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, Rumänien, Serbien, Kroatien, Bosnien, Albanien, Griechenland, Türkei, Bulgarien, Jugoslawien, Tschechien, Slowakei, Österreich, Schweiz, Deutschland, Frankreich, England, Irland, Schottland, Wales, Nordirland, Island, Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, Rumänien, Serbien, Kroatien, Bosnien, Albanien, Griechenland, Türkei, Bulgarien, Jugoslawien, Tschechien, Slowakei, Österreich, Schweiz, Deutschland, Frankreich, England, Irland, Schottland, Wales, Nordirland, Island, Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, Rumänien, Serbien, Kroatien, Bosnien, Albanien, Griechenland, Türkei, Bulgarien, Jugoslawien, Tschechien, Slowakei, Österreich, Schweiz, Deutschland, Frankreich, England, Irland, Schottland, Wales, Nordirland, Island, Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, Rumänien, Serbien, Kroatien, Bosnien, Albanien, Griechenland, Türkei, Bulgarien, Jugoslawien, Tschechien, Slowakei, Österreich, Schweiz, Deutschland, Frankreich, England, Irland, Schottland, Wales, Nordirland, Island, Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, Rumänien, Serbien, Kroatien, Bosnien, Albanien, Griechenland, Türkei, Bulgarien, Jugoslawien, Tschechien, Slowakei, Österreich, Schweiz, Deutschland, Frankreich, England, Irland, Schottland, Wales, Nordirland, Island, Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, Rumänien, Serbien, Kroatien, Bosnien, Albanien, Griechenland, Türkei, Bulgarien, Jugoslawien, Tschechien, Slowakei, Österreich, Schweiz, Deutschland, Frankreich, England, Irland, Schottland, Wales, Nordirland, Island, Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, Rumänien, Serbien, Kroatien, Bosnien, Albanien, Griechenland, Türkei, Bulgarien, Jugoslawien, Tschechien, Slowakei, Österreich, Schweiz, Deutschland, Frankreich, England, Irland, Schottland, Wales, Nordirland, Island, Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, Rumänien, Serbien, Kroatien, Bosnien, Albanien, Griechenland, Türkei, Bulgarien, Jugoslawien, Tschechien, Slowakei, Österreich, Schweiz, Deutschland, Frankreich, England, Irland, Schottland, Wales, Nordirland, Island, Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, Rumänien, Serbien, Kroatien, Bosnien, Albanien, Griechenland, Türkei, Bulgarien, Jugoslawien, Tschechien, Slowakei, Österreich, Schweiz, Deutschland, Frankreich, England, Irland, Schottland, Wales, Nordirland, Island, Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, Rumänien, Serbien, Kroatien, Bosnien, Albanien, Griechenland, Türkei, Bulgarien, Jugoslawien, Tschechien, Slowakei, Österreich, Schweiz, Deutschland, Frankreich, England, Irland, Schottland, Wales, Nordirland, Island, Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, Rumänien, Serbien, Kroatien, Bosnien, Albanien, Griechenland, Türkei, Bulgarien, Jugoslawien, Tschechien, Slowakei, Österreich, Schweiz, Deutschland, Frankreich, England, Irland, Schottland, Wales, Nordirland, Island, Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, Rumänien, Serbien, Kroatien, Bosnien, Albanien, Griechenland, Türkei, Bulgarien, Jugoslawien, Tschechien, Slowakei, Österreich, Schweiz, Deutschland, Frankreich, England, Irland, Schottland, Wales, Nordirland, Island, Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, Rumänien, Serbien, Kroatien, Bosnien, Albanien, Griechenland, Türkei, Bulgarien, Jugoslawien, Tschechien, Slowakei, Österreich, Schweiz, Deutschland, Frankreich, England, Irland, Schottland, Wales, Nordirland, Island, Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, Rumänien, Serbien, Kroatien, Bosnien, Albanien, Griechenland, Türkei, Bulgarien, Jugoslawien, Tschechien, Slowakei, Österreich, Schweiz, Deutschland, Frankreich, England, Irland, Schottland, Wales, Nordirland, Island, Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, Rumänien, Serbien, Kroatien, Bosnien, Albanien, Griechenland, Türkei, Bulgarien, Jugoslawien, Tschechien, Slowakei, Österreich, Schweiz, Deutschland, Frankreich, England, Irland, Schottland, Wales, Nordirland, Island, Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, Rumänien, Serbien, Kroatien, Bosnien, Albanien, Griechenland, Türkei, Bulgarien, Jugoslawien, Tschechien, Slowakei, Österreich, Schweiz, Deutschland, Frankreich, England, Irland, Schottland, Wales, Nordirland, Island, Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, Rumänien, Serbien, Kroatien, Bosnien, Albanien, Griechenland, Türkei, Bulgarien, Jugoslawien, Tschechien, Slowakei, Österreich, Schweiz, Deutschland, Frankreich, England, Irland, Schottland, Wales, Nordirland, Island, Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, Rumänien, Serbien, Kroatien, Bosnien, Albanien, Griechenland, Türkei, Bulgarien, Jugoslawien, Tschechien, Slowakei, Österreich, Schweiz, Deutschland, Frankreich, England, Irland, Schottland, Wales, Nordirland, Island, Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, Rumänien, Serbien, Kroatien, Bosnien, Albanien, Griechenland, Türkei, Bulgarien, Jugoslawien, Tschechien, Slowakei, Österreich, Schweiz, Deutschland, Frankreich, England, Irland, Schottland, Wales, Nordirland, Island, Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, Rumänien, Serbien, Kroatien, Bosnien, Albanien, Griechenland, Türkei, Bulgarien, Jugoslawien, Tschechien, Slowakei, Österreich, Schweiz, Deutschland, Frankreich, England, Irland, Schottland, Wales, Nordirland, Island, Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, Rumänien, Serbien, Kroatien, Bosnien, Albanien, Griechenland, Türkei, Bulgarien, Jugoslawien, Tschechien, Slowakei, Österreich, Schweiz, Deutschland, Frankreich, England, Irland, Schottland, Wales, Nordirland, Island, Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, Rumänien, Serbien, Kroatien, Bosnien, Albanien, Griechenland, Türkei, Bulgarien, Jugoslawien, Tschechien, Slowakei, Österreich, Schweiz, Deutschland, Frankreich, England, Irland, Schottland, Wales, Nordirland, Island, Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, Rumänien, Serbien, K

